

## **A1NEU Lokales**

Gremium: KMV

Beschlussdatum: 26.11.2022

Tagesordnungspunkt: 1.12. Zusatz - Lokales

### **Text**

1      Lokales

2      **Handlungsbedarf in den Stadtteilen**

3      **Kronsforde**

4            • Einrichtung Kinderspielplatz

5            • Bau eines Kinderspielplatzes

6            • Zebrastreifen für die Überquerung der Hauptstraße

7            • Geschwindigkeit Durchgangsverkehr reduzieren (30)

8            • Geschwindigkeitsbegrenzung für den Durchgangsverkehr (Tempo 30)

9            • Radwege in Stand setzen / verbessern

10          • Altes Spritzenhaus einer sinnvollen Nutzung zuführen (Haus der Begegnungen)

12         **St. Jürgen**

- 13     • Sichere Fuß- und Radquerung St. Jürgen-Ring
  
  - 14     • Aufwertung des Marktes am Brink, z.B. durch weitere Fahrradständer
  
  - 15     • Prüfung einer Geh- und Radwegbrücke über den Elbe-Lübeck-Kanal zur  
16         Verbindung der Straßen Bei der Gasanstalt und Nelkenstraße
  
  - 17     • Fahrradgerechter Umbau Mühlentorteller
  
  - 18     • Zusätzliche Carsharing-Angebote, insbesondere im Hochschulstadtteil
  
  - 19     • Automatisierung des Bahnüberganges in der Ratzburger Allee (Nähe UKSH) aus  
20         Richtung Lübeck kommend(die andere Richtung ist bereits automatisiert,  
21         dies reduziert die Schließzeit jeweils um mehrere Minuten)
  
  - 22     • Bewahrung und konsequente Durchsetzung der Regeln einer Fahrradstraße in  
23         der Dorfstraße
  
  - 24     • Tempo 30 Zone im gesamten Mönkhofer Weg
- 
- 25     **Buntekuh und Moisling**
- 26     • Kleingartenflächen gemeinnützig nutzen (Urban Gardening, Sport, etc.)
  
  - 27     • Möglichkeiten für den Fuß- und Radverkehr verbessern (bspw. Zebrastreifen  
28         zur Querung Anderserndorf)
  
  - 29     • Aufenthalts- und Freizeitorte für Jugendliche schaffen, z.B. ein  
30         sogenanntes Street-Mekka
  
  - 31     • mehr Bildungsangebote
  
  - 32     • Direkte Geh- und Radwegeverbindung von dem neuen Bahnhaltelpunkt Moisling  
33         und dem Gewerbegebiet Genin (Oberbüssauer Weg, parallel zur Bahnstrecke

34 Richtung Niederbüssauer Weg und dann einen Abzweiger zur baltischen Allee  
35 und zur Geniner Dorfstr.)

- 36
- direkte Geh- und Radwegeverbindung von dem neuen Bahnhaltepunkt Moisling  
37 und dem Gewerbegebiet Genin (Oberbüssauer Weg, parallel zur Bahnstrecke  
38 Richtung Niederbüssauer Weg und dann einen Abzweiger zur baltischen Allee  
39 und zur Geniner Dorfstr.)
- 40
- Entlastung für die Kreuzung Andersenring/August-Bebel-Straße, z.B. durch  
41 angepasste Ampelschaltung oder Änderung der Fahrbahnmarkierungen

42 **St Lorenz Süd**

- 43
- Schaffung zusätzlicher Grünanlagen und Erholungsräume
- 44
- Spargelhof zur Grünfläche umgestalten und an Naturerlebnisraum Landgraben  
45 anbinden (Konzept Initiative Brolingplatz)
- 46
- Durchgängigkeit für den Fußverkehr verbessern (zugeparkte Fußwege)
- 47
- mehr Bildungs- und Sozialangebote (Migration, Senior\*innen)
- 48
- Ufer des Stadtgrabens von Müll freihalten
- 49
- Grundschule Schönböcken räumlich angemessen Ausstatten (Klassenräume,  
50 eigene Sporthalle)
- 51
- Engagierte Vereine im Quartier durch die Stadt unterstützen (bspw. FC  
52 Dornbreite)
- 53
- Erhalt von vorhandenen Freizeitangeboten

- 54     • Besserer Zugang zum Wasser (Bahntrasse erschwert die Anbindung,  
55       Überdachung?)
- 56     • Sicherheit im Fahrradverkehr verbessern (bspw. Sanierung und Ausbau der  
57       Fahrradwege an der Schwartauer Landstraße / Allee, Waisenhofstraße als  
58       Fahrradstraße)
- 59     • Ampelschaltung Ecke Einsiedelstraße / Katharinenstraße für bessere  
60       Durchgängigkeit Fahrradverkehr anpassen
- 61     • Situation für Fußgänger an der Ecke Pellwormstraße / Schwartauer  
62       Landstraße verbessern (bspw. bessere Ampelschaltung oder Ersatz durch  
63       Zebrastreifen)
- 64     • Verkehr in Wohngebieten entschleunigen (bspw. Straßenmöbel)
- 65     • Verkehr in der Triftstraße beruhigen
- 66     • Nahversorgung verbessern durch Ausbau des Angebotes im Hansering
- 67     • Öffnung der Finkenstraße zwischen Moislinger Allee und Lachswehrallee für  
68       Fußgänger\*innen und Radverkehr
- 69     • Ausbau der Wielandbrücke für kombinierten Fuß- und Radverkehr
- 70     • Waisenhofstraße / Brolingstraße als Alternative zu Lohmühle und  
71       Schwartauer Allee für Fahrradfahrer aufwerten (bspw. Fahrradstraße)
- 72     • Struckbachtal als grüne Naherholungsfläche aufwerten
- 73     • Fahrradgerechter Umbau Lindenteller und Puppenbrücke

74 St. Lorenz Nord

- 75 • Spargelhof zur Grünfläche umgestalten und an Naturerlebnisraum Landgraben  
76 anbinden (Konzept Initiative Brolingplatz)
- 77 • Grundschule Schönböcken räumlich angemessen Ausstatten (Klassenräume,  
78 eigene Sporthalle)
- 79 • Engagierte Vereine im Quartier durch die Stadt unterstützen (bspw. FC  
80 Dornbreite)
- 81 • Wirksamer und möglichst wenig störender und sichtbehindernder Lärmschutz  
82 für die Bahntrasse wegen des zunehmenden Verkehrs durch die feste  
83 Fehmarnbeltquerung
- 84 • Sanierung und Ausbau der Fahrradwege an der Schwartauer Landstraße / Allee  
85 und Regulierung der Waisenhofstraße als Fahrradstraße
- 86 • Ampelschaltung Ecke Einsiedelstraße / Katharinenstraße für bessere  
87 Durchgängigkeit Fahrradverkehr anpassen
- 88 • Situation für Fußgänger an der Ecke Pellwormstraße / Schwartauer  
89 Landstraße verbessern (bspw. bessere Ampelschaltung oder Ersatz durch  
90 Zebrastreifen)
- 91 • Struckbachtal als grüne Naherholungsfläche aufwerten
- 92 • Besseren Zugang zum Wasser ermöglichen

93 **St Gertrud**

- 94 • Bessere Fahrraderschließung im Stadtpark
- 95 • Verkehrsberuhigung in Schulstraße und Lange Reihe
- 96 • Anwohnerparkzone und Carsharing Angebote an der Falkenwiese zur Entlastung  
97 des Quartiers einrichten
- 98 • Wakenitzufer als Fahrradstraße umbauen

- 99        • ERA-konformer Ausbau des Radwegs parallel zur Falkenstraße

100  
101        Umsetzung des Quartierskonzeptes Marli, insbesondere im Hinblick auf die  
102        Sanierung von Wohngebäuden

103      Entwicklung des Gustav-Radbruch-Platzes forcieren

- 104        • Carsharing Angebote im Gewerbegebiet Gleisdreieck

105      **Israelsdorf & Karlshof**

- 106        • Die Einhaltung der vorhandenen Geschwindigkeitsbeschränkung auf 30 durch  
107        gestalterische Maßnahmen unterstützen (bspw. Blumenkübel)

- 108        • Durchgängigkeit von Gehwegen für Rollstühle und Kinderwagen sicherstellen  
109        (bspw. Forstmeisterweg, Reorganisation Parken)

110  
111        Einrichtung von einseitigen Halteverboten in schmalen Straßen prüfen (z.B.  
112        Neuer Faulenhoop, Sturbusch, Tilgenkrug, Steinkrug), um das Durchkommen  
113        für Rettungsfahrzeuge und Feuerwehr zu gewährleisten

114      **Eichholz**

- 115        • Besserer Schutz Naturschutzgebiet

- 116        • Kürzere Reinigungs- und Müllentsorgungsintervalle an den  
117        Bushaltestellen

- 118        • Ausbau und Sanierung des Radweges bis zur Landesgrenze nach Herrnburg

- 119        • Wanderweg an der Wakenitz öffnen

- 120        • Verkehrsberuhigung im Heiweg

- 121     • ERA-konformer Ausbau eines Radweges parallel zur Straße "An den  
122       Schießständen"/"Kirschenallee"

- 123     • Bessere Ausschilderung des Radweges nach St. Jürgen

- 124     • Fahrradabstellmöglichkeiten an den Bushaltestellen

## 125   **Schlutup**

- 126     • Nahversorgungssituation / Einzelhandel verbessern, Ansiedlung sollte von  
127       Verwaltung angestrebt werden

- 128     • Attraktivität Schlutuper Markt verbessern

- 129     • ÖPNV Anbindung verbessern

- 130     • Situation für Fahrradfahrer\*innen in Schlutup verbessern

- 131     • Wahrnehmung von Schlutup als Teil von Lübeck verbessern

- 132     • Attraktivität für junge Menschen verbessern

- 133     • soziale und kulturelle Angebote verbessern

- 134     • Umzug des Jugendzentrums vom Zollhaus in die alte Kegelhalle des TSV  
135       Schlutup

## 136   **Kücknitz**

- 137     • Situation für Fahrradfahrer\*innen verbessern (u.a. Dummersdorfer Straße,  
138       Anbindung nach Travemünde)

- 139     • Konsequente Prüfung aller Alternativen, um die finanzielle Belastung durch  
140       den Tunnel zu reduzieren
- 141     • Versorgung von Lastkraftfahrer\*innen im Gewerbegebiet verbessern (Abfall,  
142       Übernachtung, Sanitär etc.)
- 143     • Entwicklung der Kiesgrube am Hirtenbergweg zum Naherholungsgebiet
- 144     • Verbesserte Unterstützung der aktiven Vereine durch die Stadt (bspw.  
145       Clubheim TSV-Kücknitz)
- 146     • ÖPNV-Anbindung für das Tierheim Lübeck

## 147   **Travemünde**

- 148     • Behutsamer Umgang mit Neubaugebieten und Nachverdichtungen
- 149     • Fahrradwege sinnvoll kennzeichnen und angemessen ausbauen
- 150     • Fahrradwege sanieren (bspw. Außenallee)
- 151     • Soziale Angebote schaffen (Jugendzentrum, Stadtteilzentrum)
- 152     • Begrenzung des Gästebettenwachstums auf ein verträgliches Maß
- 153     • Keine 2. Zufahrt
- 154     • Mobilitäts- und Verkehrskonzept einschließlich Parkleitsystem,  
155       Anwohnerparkzonen, Park&Ride und Schwerpunkt ÖPV/ÖPNV

- 156     • Mindestens alle 15 Minuten eine schnelle ÖPNV Verbindung ins Lübecker  
157       Zentrum
- 158     • Unentgeltliche Nutzung der Priwallfähren für Fußgänger\*innen und  
159       Fahrradfahrer\*innen
- 160     • Bessere Unterstützungsangebote für Obdachlose, proaktive Angebote  
161       insbesondere in Schwerpunktbereichen (Parks und Grünflächen)

## 162   **Innenstadt**

### 163   **Altstadt**

- 164     • Bessere Ausstattung mit Fahrradabstellmöglichkeiten
- 165     • Unterstützung der Projektinitiative Hafenschuppen zur Entwicklung der  
166       nördlichen Wallhalbinsel mit Erhalt der Hafenschuppen
- 167     • Barrierefreies Wegenetz für Fußgänger bauen
- 168     • Bestehende Fahrradstraße auf Basis der gesetzlichen Vorgaben überprüfen  
169       und auf Grundlage der Vorgaben umbauen.
- 170     • Entwicklung des Gustav-Radbruch-Platzes forcieren
- 171     • Umsetzung der Maßnahmen im Beteiligungsverfahren LübeckÜBERMorgen  
172       Rahmenplan Innenstadt

## A2NEU 4. Soziales

Gremium: KMV

Beschlussdatum: 26.11.2022

Tagesordnungspunkt: 1.6. Kapitel 4 - Soziales

### Text

1 Frauen\* und Gleichberechtigung

2 Als feministische Partei setzen wir uns für die **Gleichberechtigung aller**  
3 **Menschen** ein. Unsere Gesellschaft ist geschlechtlich und sexuell vielfältig.  
4 Diese Vielfalt wollen wir stärken, schützen und ein wertschätzendes Bewusstsein  
5 frei von Diskriminierungen schaffen.

6 Die Stärke unserer Gesellschaft liegt in der Vielfalt ihrer Mitglieder. Jede und  
7 jeder hat ein Recht auf freie Entfaltung ohne Angst vor Gewalt und  
8 Diskriminierung. Geschlechtsspezifische Gewalt hat keinen Platz in einer freien  
9 und demokratischen Gesellschaft. Sich auf das soziale Geschlecht beziehende  
10 Stereotype hindern Menschen in ihrer freien Entfaltung. Wir wollen  
11 **geschlechtsspezifische Gewalt bekämpfen** und mit unserer Öffentlichkeits- und  
12 Aufklärungsarbeit Stereotype in Frage stellen und Neubewertungen anregen.

13 Frauen\*

14 Frauen\* machen rund die Hälfte der Gesellschaft aus. Dennoch werden sie auf  
15 allen Ebenen des gesellschaftlichen Lebens noch immer nicht gleichberechtigt  
16 behandelt: im Privaten übernehmen Frauen\* den Großteil der unbezahlten  
17 Sorgearbeit und im Beruf bestehen keine Chancengleichheit und keine  
18 Entgeldgleichheit(Equal Pay). Patriarchale Strukturen und geschlechtsspezifische  
19 Stereotype hindern Frauen\* an ihrer individuellen Entfaltung und Teilhabe.

20 **Wir fordern die Hälfte der Macht und volle Gleichberechtigung für Frauen\* in**  
21 **Lübeck.** Gleichberechtigung braucht Teilhabe, Sichtbarkeit und Stimmengewalt. Wir  
22 setzen uns dafür ein, den Anteil von Frauen\* in kommunalpolitischen Ämtern und  
23 Gremien deutlich zu erhöhen - **Parität ist das Ziel!** Wir GRÜNE besetzen unsere  
24 Liste für die Kommunalwahl 2023 paritätisch und quotiert - auf Platz 1 steht  
25 eine Frau\*. GRÜNE Gremien und Listen sind stets quotiert.

26 Längst überfällig und unabdingbar für volle Gleichberechtigung ist die  
27 **Einrichtung eines eigenständigen Gleichstellungsausschusses** auf kommunaler  
28 Ebene. Es ist nicht länger hinnehmbar, dass Fragen der Gleichberechtigung und  
29 Geschlechtergerechtigkeit im Hauptausschuss *mitbehandelt* werden.

30 Die Verwaltung der Stadt Lübeck fordern wir auf, die in der Bürgerschaft  
31 beschlossene Kinderbetreuung während der Sitzungen *aller* kommunalpolitischen  
32 Gremien umzusetzen, um insbesondere Frauen\* die Teilnahme an politischen  
33 Entscheidungsprozessen zu ermöglichen.

34 **LGBTQIA\***

35 Unsere Gesellschaft ist geschlechtlich und sexuell vielfältig - **queer!** Jedes  
36 einzelne Mitglied hat das Recht auf individuelle Entfaltung frei von Angst vor  
37 Gewalt oder Diskriminierung. Auch die Herausforderungen, vor denen queere  
38 Menschen im gesellschaftlichen Alltag stehen und ihre Bedürfnisse und Sorgen  
39 sind vielfältig. Sie erleben immer wieder spezifische Diskriminierung bis hin  
40 zur Gewalt.

41 Wir möchten die queere Community in Lübeck stärken, schützen und ein  
42 wertschätzendes Bewusstsein für die besonderen Bedürfnisse queerer Menschen  
43 schaffen. **Wir setzen uns für die gleichberechtigte Teilhabe queerer Menschen**  
44 **ein.** Queerpolitik soll fester Bestandteil politischen Handelns in Lübeck werden.  
45 Wir fordern daher eine\*n **Vielfalts-Beauftragte\*n in der städtischen Verwaltung.**  
46 Wünschenswert sind Fortbildungen und eine damit einhergehende Sensibilisierung  
47 für Mitarbeiter\*innen der öffentlichen Verwaltung und städtischen Einrichtungen  
48 im Bereich der geschlechtlichen Vielfalt.

49 Wir wollen insbesondere an Schulen **queere Öffentlichkeits- und Aufklärungsarbeit**  
50 verstärken und das **Beratungsangebot** für queere Menschen jeden Alters ausbauen,  
51 verstärkt auch für queere Menschen ab 30 Jahre bis ins hohe Alter. Für ältere  
52 queere Menschen, die nachweislich ein besonders hohes Risiko für Einsamkeit  
53 aufweisen, wollen wir in einem Pilotprojekt queere Gemeinschaftswohnkonzepte  
54 erproben.

55 Für eine gleichberechtigte, queerfreundliche Infrastruktur in Lübeck fordern wir  
56 das Bereitstellen weiterer Unisex-Toiletten und die Verwendung  
57 geschlechtsgerechter Beschilderungen im öffentlichen Raum.

58 **Istanbul-Konvention:**

59 Geschlechtsspezifische Gewalt nimmt weiter zu. Gewalt gegen Kinder, Frauen\* und  
60 queere Menschen ist keine Privatangelegenheit oder persönliches Schicksal. Es  
61 ist unsere gesellschaftliche Verantwortung, geschlechtsspezifische Gewalt zu

62 bekämpfen. **Wir fordern die umfängliche Umsetzung der Istanbul-Konvention zum**  
63 **Schutz von Kindern und Frauen\* vor Gewalt in Lübeck!** Dafür müssen personelle und  
64 finanzielle Mittel bereitgestellt werden. Die Umsetzung findet in enger  
65 Zusammenarbeit mit den entsprechenden Lübecker Akteur\*innen, der  
66 Gleichstellungsbeauftragten und der städtischen Verwaltung statt.  
67 Handlungsempfehlungen von Landesebene liegen ausreichend vor.

68 Ein wichtiger Baustein zum Schutz vor geschlechtsspezifischer Gewalt ist die  
69 **Aufklärungs- und Öffentlichkeitsarbeit.** Wir fördern die Teilnahme von Kindern  
70 und Jugendlichen sowie Mitarbeiter\*innen an präventiven Maßnahmen in  
71 Bildungseinrichtungen wie KiTa und Schule und in Vereinen und Verbänden.

72 Um geschlechtsspezifische Gewalt zu bekämpfen, braucht es deutlich **mehr**  
73 **niedrigschwellige, mehrsprachige Beratungsangebote und Schutzräume** für von  
74 Gewalt betroffene Menschen. Wir setzen uns für den Ausbau und die langfristige  
75 Finanzierung dieser ein.

76 Gleichberechtigung:

77 Wir setzen uns für die **Gleichberechtigung aller Geschlechter** ein.  
78 Gleichberechtigung muss gewollt und ermöglicht werden. Sie muss von der Mehrheit  
79 der Gesellschaft getragen werden. Die Stadt Lübeck soll als Vorbild fungieren.

80 Wir unterstützen daher ausdrücklich die Umsetzung des 1. Aktionsplans  
81 Gleichstellung im Rahmen der Europäischen Charta und fordern die langfristige  
82 Weiterführung und Fortschreibung. Der Beschluss, einen Aktionsplan  
83 Gleichstellung LSBTI\* aufzustellen, muss endlich realisiert werden - in enger  
84 Kooperation mit der Lübecker Community. Zudem sollte eine Verknüpfung der beiden  
85 Aktionspläne erfolgen. Die aktive Umsetzung beider Aktionspläne bedeutet auch,  
86 dass Menschen aller Geschlechter bei städtischen Entscheidungen und Vorhaben  
87 berücksichtigt werden.

88 Um dies sicherzustellen, fordern wir endlich die Umsetzung des bereits im Jahr  
89 2012 in der Bürgerschaft beschlossenen **Gender Budgeting**, um eine  
90 geschlechtergerechte Verteilung der finanziellen Mittel im Haushalt zu  
91 ermöglichen.

92 Auch als Arbeitgeber soll die Stadt Lübeck mit gutem Beispiel vorangehen.  
93 Stellen sollen paritätisch besetzt werden. Die Vereinbarkeit von Familie und  
94 Beruf muss durch flexible Arbeitszeitmodelle und die Möglichkeit zum Arbeiten im  
95 Home Office oder zu Mobiler Arbeit weiter verbessert werden.

96 Wir wirken auf die Novellierung des Gleichstellungsgesetzes auf Landesebene hin,  
97 um eine **paritätische Besetzung der Führungspositionen in städtischen**

98 **Gesellschaften** durchsetzen zu können.

99 Gleichberechtigung braucht eine geschlechtergerechte und diskriminierungsfreie  
100 Außenwirkung. **Wir fordern daher, dass auf den Flächen der Stadt Lübeck keine**  
101 **sexistischen, rassistischen oder diskriminierenden Werbeinhalte** mehr gezeigt  
102 werden. Dies wollen wir in der Sondernutzungssatzung verankern.

103 **Soziales**

104 Für uns gehören **Gerechtigkeit und Teilhabe für alle zu den Leitideen unserer**  
105 **Sozialpolitik**. Wir begegnen allen Menschen auf Augenhöhe. Perspektiven  
106 aufzeigen, Brücken bauen und sicherem Halt geben - GRÜNE Sozialpolitik wirkt  
107 direkt und nachhaltig!

108 Armut und soziale Benachteiligung hindern Menschen an ihrer individuellen  
109 Entfaltung. **Wir setzen uns für sozial gerechte Strukturen in Lübeck ein**. Dabei  
110 berücksichtigen wir insbesondere die Besonderheiten der einzelnen Stadtteile und  
111 ihrer Bewohner\*innen.

112 **Wohnen**

113 Das Recht auf Wohnen ist ein Grundrecht und eine wichtige Säule der  
114 Daseinsvorsorge. Bei immer weiter steigenden Mieten, höheren Kosten für Eigentum  
115 und explodierenden Energiepreisen **muss Wohnen für alle Menschen bezahlbar**  
116 **bleiben!**

117 Wir machen uns stark für die **Anpassung der Mietobergrenzen an den aktuellen**  
118 **Mietspiegel**, damit diese von den Ämtern bei Beantragung von Sozialleistungen  
119 entsprechend berücksichtigt werden. Wir setzen uns für verstärkte **Hilfen bei der**  
120 **Deckung der Energiekosten für die Bürger\*innen** auch von kommunaler Seite ein.

121 Wohnen ist mehr als nur ein Dach über dem Kopf zu haben. Es bedeutet, **ein**  
122 **Zuhause zu haben, in dem ein Wohlgefühl besteht - bedarfsgerecht und sicher!**  
123 Wenn Wohnraum knapp wird und die Mieten steigen, haben es bestimmte  
124 Personengruppen oft besonders schwer, z.B. Menschen mit geringem Einkommen,  
125 Senior\*innen, Menschen mit besonderen Bedarfen, Geflüchtete und Menschen mit  
126 Migrationshintergrund, Familien, Auszubildende, Studierende. Bei Verlust der  
127 Wohnung droht die Verdrängung aus dem gewohnten Wohnumfeld bei gleichzeitiger  
128 Not, neuen, angemessenen und bezahlbaren Wohnraum zu finden. Wir setzen uns daher  
129 aktiv für eine **bedarfsgerechte soziale Vielfalt in allen Stadtteilen** ein und  
130 **unterstützen ausdrücklich Initiativen zur Stadtteilentwicklungen wie die Soziale**  
131 **Stadt Moisling und Kücknitz.**

132 Wir setzen uns für **Begegnungsorte und Kulturräume in allen Stadtteilen** ein und

133 wollen im öffentlichen Raum generationsübergreifende, niedrigschwellige und  
134 inklusive Angebote zum Austausch schaffen. Das können z.B. beschattete Sitzbänke,  
135 Spielgeräte oder Sportparcours sein.

136 Nicht immer lässt sich der Verlust der Wohnung und ungewollte Obdachlosigkeit  
137 rechtzeitig verhindern - die Gründe hierfür sind vielfältig. Wir **begegnen**  
138 **wohnungslosen und obdachlosen Menschen auf Augenhöhe**. Wir setzen uns dafür ein,  
139 dass die ihnen zustehenden Sozialleistungen unkompliziert beantragt werden  
140 können und zuverlässig ankommen.

141 Wir unterstützen ausdrücklich den Ansatz von *Housing-First-Projekten* und möchten  
142 deren Umsetzung auch in Lübeck prüfen.

143 **Obdachlose Menschen wollen wir im öffentlichen Raum besser vor Gewalt schützen**  
144 und ihnen zusammen mit allen Akteur\*innen sichere Anlauforte bieten.  
145 Entsprechende Angebote für obdachlose Menschen sollen weiter ausgebaut werden.  
146 Hierzu gehört die **Etablierung eines mobilen Duschbusses für Menschen ohne**  
147 **Obdach**.

148 **Das Ziel muss weiterhin der Schutz aller vor Wohnungslosigkeit sein!**

#### 149 Armut und Teilhabe

150 Die Kluft zwischen Arm und Reich wird immer größer, Ungerechtigkeiten nehmen zu  
151 und viele Menschen fühlen sich bereits abgehängt. Armut ist ein  
152 gesellschaftliches, ein strukturelles Problem. **Wir wollen sozial gerechte**  
153 **Strukturen schaffen**. Kein Mensch soll in Armut leben.

154 **Chancengleichheit und gesellschaftliche Teilhabe** sind wichtig, um Armut zu  
155 verhindern und zu überwinden. Die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben in  
156 Kultur, Sport, Musik und Bildung soll allen Menschen unabhängig von ihrer  
157 wirtschaftlichen Lage, Herkunft oder Lebens- und Wohnsituation zugänglich sein.

158 Den kommunalen Armuts- und Sozialbericht wollen wir um einen Maßnahmenkatalog  
159 gegen Armut weiterentwickeln und dabei sozialraumbezogene Maßnahmen zur  
160 Armutsbekämpfung verbindlich umsetzen.

161 Wir möchten Menschen mit Unterstützungsbedarf den **Zugang und die Beantragung von**  
162 **Leistungen erleichtern**. Die Beantragung soll niedrigschwellig und leicht  
163 verständlich sein. Wir möchten, dass Antragsteller\*innen proaktiv seitens der  
164 Leistungsträger über weitere ihnen zustehende Unterstützungsangebote informiert  
165 werden, dies gilt insbesondere für **Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket**  
166 **für Kinder**.

167 Frühzeitige Hilfen und Beratungsangebote, wie z. B. die Schuldenberatung, wollen  
168 wir langfristig unterstützen und ausbauen. Um die wertvolle Arbeit der sozialen  
169 Träger in unserer Stadt zu stärken und ökonomische Risiken zu begrenzen, werden  
170 wir die Budgetverträge dynamisieren und steigende Preise über eine  
171 Inflationskomponente ausgleichen.

172 Senior\*innen

173 Einsamkeit im Alter und Altersarmut nehmen zu. Immer mehr Senior\*innen fühlen  
174 sich im digitalen und sich schnell wandelnden Alltag alleingelassen. Sie ziehen  
175 sich zurück und nehmen kaum noch am gesellschaftlichen Leben teil. Unsere  
176 Gesellschaft braucht jedoch das Wissen und Erfahrungen der älteren Generationen.  
177 **Wir wollen die Teilhabe älterer Menschen am gesellschaftlichen Leben stärken und**  
178 **nachhaltig fördern.** Hierzu zählt eine stadtteilbezogene Sozialarbeit wie das  
179 Projekt "*Großeltern im Quartier*" der Gemeindediakonie, welches wir auf weitere  
180 Stadtteile ausweiten wollen. Auf der Basis der Pflegebedarfsplanung wollen wir  
181 konkrete quartiersbezogene Maßnahmen ergreifen, um zu ermöglichen, dass  
182 pflegebedürftige Menschen möglichst lang und selbstbestimmt in Ihrem  
183 angestammten Quartier leben können. Wir wollen insbesondere den Austausch auf  
184 Augenhöhe zwischen den Generationen fördern und Jung und Alt in den Dialog  
185 bringen. Mit gezielten Angeboten des Zusammenkommens soll ein wertschätzendes  
186 Miteinander gefördert werden, z. B. Zeitzeug\*innen in den Schulen, die  
187 Erinnerungen und "altes" Wissen weitergeben, Jugendliche als Digital-Lots\*innen  
188 für ältere Menschen, Vorlesepat\*innen, Kultur-Tandems.

189 Zusammen mit den Akteur\*innen und der kommunalen Senior\*innen-Vertretung wollen  
190 wir entsprechende Angebote ausgestalten.

191 Inklusion

192 Die Forderung "Nicht über uns ohne uns" ist für uns der Leitsatz in allen Fragen  
193 der Inklusion. Inklusion soll von Menschen (mit)bestimmt werden, die unmittelbar  
194 betroffen sind. In Lübeck lassen bestehende Strukturen die Teilhabe und  
195 Mitbestimmung oft noch nicht zu.

196 Die *UN-Behindertenkonvention* beschreibt die Grundrechte von Menschen mit  
197 Behinderungen, ihr Recht auf Teilhabe am gesellschaftlichen und politischen  
198 Leben sehr genau. **Wir fordern die sofortige Umsetzung der UN-**  
199 **Behindertenkonvention in Lübeck.** Gemeinsam mit den Betroffenen, den Akteur\*innen  
200 und dem Beirat für Menschen mit Behinderung wollen wir Strukturen schaffen, die  
201 eine selbstbestimmte Teilhabe und Mitbestimmung sichern.

202 Wir möchten **alltägliche Barrieren für Menschen mit Behinderungen abbauen.**  
203 Besonders wichtig ist der barrierefreie Zugang zu wichtigen Informationen. Das  
204

205 Vorhalten der Informationen in Leichter Sprache, Blindenschrift, in Form des  
206 Vorlesens oder in Mehrsprachigkeit muss sichergestellt sein. Gleiches gilt für  
207 den barrierefreien Zugang zur öffentlichen Infrastruktur, insbesondere den ÖPNV  
208 und den Shuttle Service LÜMO. Die Stadt Lübeck übernimmt hierbei eine  
Vorbildfunktion.

209 **Der öffentliche Raum soll inklusiv weiterentwickelt werden.** Dies gilt  
210 insbesondere für öffentliche Freizeit- und Sportangebote, Grünflächen und  
211 Kinderspielplätze. Außerdem müssen öffentliche Toiletten so erweitert werden,  
212 dass erwachsene Menschen mit Inkontinenzmaterial versorgt werden können.

213 Migration und Integration

214 Zuwanderung bereichert unsere Gesellschaft. Zuwanderung hat viele Gründe. Unsere  
215 **Migrations- und Fluchtpolitik hat ein zusammenwachsendes, wertschätzendes**  
216 **Miteinander zum Ziel.** Damit sie gelingt, wollen wir gute Rahmenbedingungen  
217 schaffen. Dazu gehört insbesondere, dass kommunale Angebote finanzielle  
218 Planungssicherheit für ihre Angebote erhalten. Wir unterstützen daher eine  
219 unbefristete und vollfinanzierte Migrationsberatung. Eine offene Gesellschaft,  
220 die Geflüchtete willkommen heißt und sie beim Ankommen nachhaltig auch in der  
221 Familienzusammenführung unterstützt.

222 Teilhabe und Mitbestimmung müssen gleich zu Beginn möglich sein. Dafür braucht  
223 es den Zugang zu Sprache, Bildung und Arbeit. Wir fordern, dass **Geflüchtete**  
224 **unabhängig von ihrem Asyl- oder Aufenthaltsstatus die Möglichkeit zum**  
225 **Spracherwerb erhalten** und der Zugang zum Ausbildungs- und Arbeitsmarkt gefördert  
226 wird.

227 Außerdem benötigen geflüchtete Menschen Zugang zu Therapien und medizinischer  
228 **Versorgung in ihrer Muttersprache oder mit speziell ausgebildeten**  
229 **Sprachmittler\*innen.** Lübeck hat einen Pool an Sprachmittler\*innen, die auch von  
230 privaten Personen, Ärzt\*innen oder Institutionen angefragt werden können. Wir  
231 setzen uns dafür ein, dass Sprachmittler\*innen für traumatherapeutische  
232 Behandlungen aus öffentlichen Mitteln gezahlt werden.

233 Die städtische Verwaltung selbst muss hier Vorbild sein. **Wir fordern die**  
234 **Verbesserung des städtischen Online-Auftritts für Migrant\*innengruppen.** Außerdem  
235 soll die Verwaltung einen Pool an mehrsprachigen Mitarbeiter\*innen vorhalten,  
236 welche bei Vorsprachen in Ämtern von Personen mit Sprachbarrieren als  
237 Übersetzer\*innen tätig werden.

238  
239 **Wir setzen uns für eine interkulturelle Verwaltung ein,** das heißt mitelfristig  
240 werden Migrant\*innen entsprechend ihres Bevölkerungsanteils in Lübeck bei der  
241 Personalplanung berücksichtigt.

242 Ehrenamt

243 Ehrenamtliches Engagement trägt und stützt unser gesellschaftliches Miteinander.  
244 Ohne die vielen Lübecker Ehrenamtler\*innen würde unsere soziale  
245 Versorgungsstruktur zusammenbrechen. Sie übernehmen wertvolle Hilfeleistung  
246 dort, wo die kommunale Versorgung nicht ausreicht. **Wir wollen das Ehrenamt**  
247 **stärken und aufwerten**. Neben der Sicherstellung der langfristigen Förderung  
248 ehrenamtlicher Strukturen, sollen auch die aktiven Ehrenamtler\*innen gefördert  
249 werden. **Wir fordern daher die kostenfreie Nutzung des städtischen ÖPNV für**  
250 **Ehrenamtliche (Ehrenamtsticket)**. Oftmals fallen bei der Ausübung des Ehrenamts  
251 Fahrtkosten an. Ein Ehrenamtsticket soll erhalten, wer mindestens fünf Stunden  
252 pro Woche bzw. 250 Std. pro Jahr ehrenamtlich ohne Vergütung oder pauschale  
253 Aufwandsentschädigung nachweislich tätig ist.

254 Wir setzen uns dafür ein, dass ehrenamtliche Strukturen besser mit dem  
255 beruflichen Alltag vereinbar und stärker anerkannt werden. Wir begrüßen es, wenn  
256 Arbeitgeber\*innen ehrenamtliche Tätigkeiten ihrer Angestellten durch z. B.  
257 Freistellung von der Arbeit unterstützen und die im Ehrenamt erworbenen  
258 Qualifikationen wertschätzen. Die Stadt Lübeck geht hier mit gutem Beispiel  
259 voran.

260 Auch Schüler\*innen sollen durch das Ausüben eines Ehrenamts keine Nachteile  
261 erfahren. Vielmehr soll ihr Engagement lobend hervorgehoben und befürwortet  
262 werden.

263 Wir unterstützen die Bestrebungen der Landesregierung, zusammen mit dem Bund  
264 bessere Rahmenbedingungen für Freiwilligendienste wie das FSJ, FÖJ und BFD zu  
265 schaffen und wollen mit den Lübecker Einsatzstellen von Freiwilligendiensten  
266 hierzu in den Austausch gehen.

267 Gesundheit und Pflege

268 Gesundheit

269 Gute kommunale Gesundheitsversorgung sichert die **bedarfsgerechte Behandlung**  
270 **aller Bürger\*innen**. Sie stellt das Wohl der Patient\*innen in den Mittelpunkt,  
271 nicht die Gewinnmaximierung. Wir wollen daher der zunehmenden Privatisierung des  
272 Gesundheitswesens entgegenwirken.

273 **Die Teilhabe an bedarfsgerechten Behandlungen darf nicht abhängig sein** von  
274 Einkommen, Alter, Behinderung, Geschlecht, sexueller Orientierung, Herkunft oder  
275 Sprache.

276 Auch bereits bestehende gesundheitliche Erkrankungen oder Einschränkungen, egal

277 ob körperlich oder psychisch, dürfen nicht von gesundheitlicher Versorgung  
278 ausschließen. Hier gilt es, Barrieren weiter abzubauen.

279 Eine kluge kommunale Gesundheitsversorgung setzt auf Vorsorge statt Nachsorge.  
280 Wir machen uns stark für den **Ausbau von Konzepten der Gesundheitsvorsorge**. Viele  
281 wichtige Vorsorgeleistungen, z. B. im Bereich der Krebsfrüherkennung in der  
282 Gynäkologie, müssen von den Patient\*innen selbst gezahlt werden. Wünschenswert  
283 wäre eine Erweiterung des Katalogs der Kassenleistungen im Bereich der Vorsorge  
284 auf Bundesebene.

285 Im Umgang mit substanzabhängigen Menschen fokussieren wir auf Maßnahmen der  
286 Prävention und sozialen Hilfe. Eine Politik, die lediglich auf Verdrängung und  
287 Unterdrückung setzt, führt zu Widerstand, steigender Kriminalität und verfestigt  
288 die Probleme. Wir werden die Probleme bei der Wurzel packen und konzentrieren  
289 uns auf die Ursachen des Substanzmissbrauchs und den Umgang mit der  
290 Abhängigkeit. In einer gesamtstädtischen Strategie werden wir daher Maßnahmen  
291 der sozialen Hilfen stärken, Streetworking ausbauen und niedrigschwellige  
292 gesundheitsbezogene Aufklärungs- und Beratungsangebote schaffen. Nach unserer  
293 umgesetzten Forderung einer neuen Begegnungsstätte für substanzabhängige  
294 Menschen, setzen wir uns jetzt für die zusätzliche Errichtung eines  
295 Drogenkonsumraumes ein

296 Die Lübecker Krankenhäuser leisten einen wichtigen Beitrag zur kommunalen  
297 Gesundheitsversorgung. Ihr umfangreiches Angebot wollen wir auch zukünftig  
298 unterstützen.

299 Noch immer tragen Frauen\* zu großen Teilen die Kosten für Verhütung. **Der Schutz**  
300 **vor ungewollten Schwangerschaften muss allen Frauen unabhängig ihrer**  
301 **finanziellen Mittel sicher sein**. Wir setzen uns für die Erhöhung der Mittel zur  
302 kommunalen Kostenübernahme von Verhütung für Patient\*innen in prekären  
303 finanziellen Situationen ein.

304 Ein wichtiges Thema der kommunalen Gesundheitsversorgung muss die **psychische**  
305 **Gesundheit** sein.

306 Multiple Krisen weltweit führen zu individuellen Ängsten und Sorgen bei den  
307 Bürger\*innen, Kindern und Jugendlichen. Psychische Erkrankungen nehmen stark zu.  
308 Betroffene brauchen schnelle und leicht zugängliche Hilfen, doch die  
309 psychotherapeutischen und psychiatrischen Strukturen sind überlastet. Wir  
310 unterstützen daher ausdrücklich die Initiativen auf Bundesebene für mehr  
311 ambulante Psychotherapieplätze.  
312 Für psychisch beeinträchtigte Menschen mit eventueller Psychiatrieerfahrung  
313 fordern wir eine 24/7 Anlaufstelle als Krisenintervention. Zudem müssen die  
314 bereits vorhandenen Betreuungs- und Hilfsangebote nach einer abgeschlossenen  
315 Therapie ausgebaut und besser bekannt gemacht werden.

316 **Wir wollen eine Öffentlichkeit für das Thema psychische Gesundheit und psychisch**  
317 **Erkrankte schaffen.** Auf kommunaler Ebene müssen wir dafür die vorhandenen  
318 Strukturen stärken und besser vernetzen. Gemeinsam mit Lübecker Akteur\*innen  
319 werden wir eine Präventionskampagne anstoßen und Formate schaffen, die der  
320 Information und Vernetzung dienen, z.B. einen jährlichen Tag der offenen Tür im  
321 Rathaus zum Thema psychische Gesundheit. Zudem setzen wir uns für die Ausbildung  
322 und Finanzierung von "Peer Coaches" in multiprofessionellen Settings ein.

323 **Pflege**

324 Ältere und pflegebedürftige Menschen verdienen die bestmögliche bedarfsgerechte  
325 Unterstützung und Pflege. Sie sollen selbstbestimmt und würdevoll am  
326 gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Viele Pflegebedürftige möchten so  
327 lang wie möglich in ihrem gewohnten häuslichen Umfeld bleiben können. **Wir wollen**  
328 **daher ambulante und flexible teilstationäre Tages- und Kurzzeitpflegeangebote**  
329 **stärken.** Kultursensible Pflege- und Therapieangebote in Lübeck sind ein Muss.  
330 Gleichzeitig müssen wir auch

331 **die Lübecker Senior\*inneneinrichtungen für den zunehmenden Bedarf an stationären**  
332 **Pflegeplätzen zukunftssicher aufstellen.** Wir orientieren uns an der  
333 Pflegebedarfsplanung und gehen von einem Bedarf von mindestens 500 zusätzlichen  
334 Pflegeplätzen bis 2030 aus.

335 Für die Sicherstellung der zukünftigen pflegerischen Versorgung streben wir eine  
336 Zusammenarbeit der Stadt mit den gemeinnützigen Trägern der freien  
337 Wohlfahrtspflege an, deren Qualität und Arbeit wir auch in diesem Bereich sehr  
338 schätzen.

339 **Eine Privatisierung der städtischen Senior\*innenheime lehnen wir ab.**

340 Die zuletzt stark angestiegenen Kosten für Pflegeeinrichtungen belasten  
341 Pflegebedürftige und ihre Angehörigen stark. Wir unterstützen die Bestrebungen  
342 der Landesregierung, die finanziellen Belastungen für die Betroffenen deutlich  
343 zu reduzieren.

344 **Gute Pflege braucht gut ausgebildete Fachkräfte,** die für ihre wertvolle Arbeit  
345 auch angemessen entlohnt werden.

346 **Wir setzen uns für die Stärkung der Pflegeberufe ein** und wollen im Rahmen  
347 unserer kommunalen Möglichkeiten bessere Rahmenbedingungen für Beschäftigte in  
348 der Pflege schaffen. Um mehr Nachwuchs für den Bereich der Pflege zu gewinnen,  
349 sollen Kooperationen zwischen den Schulen und stadtweiten Pflegeeinrichtungen  
350 vorangetrieben werden.

351

352

353

354

## **A3NEU 6. Wirtschaft, Finanzen, Digitalisierung, Verwaltung und Bürger\*innenbeteiligung**

Gremium: KMV

Beschlussdatum: 26.11.2022

Tagesordnungspunkt: 1.5. Kapitel 3 - Wirtschaft & Finanzen

### **Text**

1 **Wirtschaft, Finanzen, Digitalisierung, Verwaltung und Bürger\*innenbeteiligung**

2 **Wirtschaft**

3 Grüne Wirtschaftspolitik ist sozial und nachhaltig. Wir setzen nicht isoliert  
4 auf die Maximierung von Wirtschaftswachstum, sondern auf das Gesamtwohl von  
5 Mensch und Natur und auf Wohlstand für alle. Wir wollen Ökonomie und Ökologie in  
6 Einklang bringen und orientieren uns auch in Lübeck an der Grünen Vision einer  
7 sozialen, ökologischen und florierenden Wirtschaft, denn nur gesunde und  
8 rentable Unternehmen können die Umstellung auf eine klimaneutrale  
9 Wirtschaftsweise gestalten und finanzieren.

10  
11 Lübecks Wirtschaft fördern und fordern

12 Lübecks Wirtschaft ist sehr breit aufgestellt und beinhaltet sowohl  
13 herausragende Großunternehmen, Cluster in den Bereichen Ernährung, Logistik und  
14 Gesundheit als auch eine Vielzahl kleiner und mittelständischer Firmen. Wir  
15 wollen eine lokale Wirtschaft für unsere Stadt, die das Gleichgewicht von  
16 sicheren Arbeitsplätzen, auskömmlicher Bezahlung, klimaschonendem Produzieren  
17 und Transport ebenso in den Fokus nimmt, wie den Mitarbeiter\*innen ein  
18 ausgeglichenes Verhältnis von Arbeit und Leben zu ermöglichen.  
19 Verantwortungsvolle Unternehmen, die sich an diesen Zielen zur Förderung des  
20 Gemeinwohls orientieren, sollen besonders unterstützt werden.

21  
22 Wir werden Lübecks Wirtschaft insbesondere bei den für sie drängenden Themen  
23 Mitarbeiter\*innen- und Fachkräftegewinnung, Infrastruktur und eine effiziente  
24 Bereitstellung städtischer Dienstleistungen unterstützen. Der Standort Lübeck  
25 bietet durch seine hervorragende Lebensqualität und Lage in der Nähe von Hamburg  
26 und Ostsee sehr gute Ausgangsbedingungen im Wettbewerb um gute  
27 Mitarbeiter\*innen. Dies wollen wir fördern durch Anstrengungen für ein  
28 lebenswertes Lübeck und den dafür notwendigen Wohnraum und Infrastruktur, aber

29 auch durch die Bereitstellung von öffentlichen Dienstleistungen, die besonders  
30 darauf abzielen, die Lübecker Unternehmen bei Behördengängen und Bewältigung der  
31 bürokratischen Anforderungen von neu angeworbenen Mitarbeiter\*innen,  
32 insbesondere bei Zuzug qualifizierter Mitarbeiter aus dem Ausland, zu  
33 unterstützen.

34  
35 Wir fordern von den Lübecker Unternehmen den notwendigen Beitrag zur Erreichung  
36 der Lübecker Klimaziele und werden uns dafür einsetzen, hier ausreichend  
37 Beratungsangebote zu schaffen, um diese Transformation zu erleichtern und zu  
38 beschleunigen. Gerade bei steigenden Energiepreisen gibt es in Unternehmen  
39 zunehmend emissions- und energieeinsparende Maßnahmen, die sich rechnen.  
40

41 **Hafen**

42 Der Lübecker Hafen als einer der größten im Ostseeraum ist eine Stütze der  
43 Lübecker Wirtschaft, der durch seine ökologischen Herausforderungen eine  
44 wichtige Rolle spielt bei unseren Bemühungen, Ökologie und Ökonomie in Einklang  
45 zu bringen.

46 Die Dekarbonisierung des Lübecker Hafens ist uns entsprechend ein wichtiges  
47 Anliegen, deren erste Fortschritte wir beschleunigen möchten. Die Installation  
48 der ersten Landstromanlagen ist ein erster wichtiger Schritt. Jetzt gilt es,  
49 eine verbindliche Nutzung von Landstrom oder anderer, regenerativer  
50 Energiequellen anzustreben, die einen emissionsfreien Aufenthalt im Lübecker  
51 Hafen gewährleisten und die Emissionsbelastung für Travemünder\*innen und Gäste  
52 reduzieren. Zudem wollen wir frühzeitig in regenerative Schiffstreibstoffe und  
53 entsprechende Pilotprojekte investieren. Eine Umstellung der Betriebsgeräte der  
54 Hafenbetreiber auf eine regenerative Energieversorgung wird ebenfalls dazu  
55 beitragen, das Ziel eines klimaneutralen Hafens zu erreichen. Der  
56 Flächenverbrauch bei der Erweiterung des Skandikais soll auch durch eine  
57 Steigerung der Flächenproduktivität, auch durch IT-Einsatz, minimiert werden.  
58 Ebenso unterstützen wir Maßnahmen zur Verbesserung des Modal Split-Anteils der  
59 Bahn.

60 Wir werden uns für die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der städtischen  
61 Hafengesellschaft LHG einsetzen und unterstützen deren Anpassung ihres  
62 Geschäftsmodells hin zu einem Universalhafenanbieter, um den Veränderungen der  
63 Marktbedingungen Rechnung zu tragen.

64 **Tourismus**

65 Der Tourismus der Zukunft ist nachhaltig. Eine ökologisch wertvolle und  
66 nachhaltig bewirtschaftete Ostsee mit einer geschützten Meeresumwelt und  
67 ausgeprägter Biodiversität bildet die Grundlage jeglicher touristischen  
68 Bewirtschaftung. Um diese Nachhaltigkeit zu erreichen, gibt es viele

69 Instrumente, etwa eine klimafreundlich gestaltete Mobilität mit gutem ÖPNV-  
70 Angebot, regionale Wirtschaftskreisläufe und die Reduzierung von Plastikmüll.  
71 Motorisierter Wassersport sollte auf E-Mobilität umgestellt werden, um so  
72 Freizeitlärm zu reduzieren und sensible Ökosysteme besser zu erhalten.  
73 Nachhaltiger Tourismus sollte durch Förder- und Zertifizierungsprogramme für  
74 gastronomische Anbieter\*innen unterstützt werden. Wir begrüßen das Programm  
75 "unbeschwert unterwegs" eines umlagefinanzierten ÖPNVs für Übernachtungsgäste in  
76 Travemünde und werden uns dafür einsetzen, dieses Programm auch auf  
77 Übernachtungsgäste im Lübecker Stadtgebiet auszuweiten.

78 Das Seebad Travemünde ist in den vergangenen Jahren sehr schnell gewachsen und  
79 hat die Gästebettenanzahl in dieser Zeit mehr als verdoppelt. Aus unserer Sicht  
80 ist es jetzt wichtig, mit weiterem Wachstum innezuhalten und stattdessen den  
81 Fokus darauf zu legen, die touristische Infrastruktur und Angebote dem Wachstum  
82 der Bettenzahl anzupassen. Wir unterstützen daher den touristischen Kurs des  
83 Tourismusentwicklungskonzeptes 2030 (TEK) und wünschen uns eine touristische  
84 Entwicklung, die Qualität anstatt Quantität in den Mittelpunkt rückt.

85 Wir werden uns für eine konsequente Verkehrsberuhigung im Seebad Travemünde  
86 einsetzen. Dazu gehört auch die Einführung einer Parkraumbewirtschaftung. Wir  
87 wollen in den Spitzenzeiten ein Park&Ride-Angebot vor Toren Travemündes  
88 ausprobieren, damit die Fahrzeuge gar nicht erst nach Travemünde hinein fahren.

89 In der gesamten Tourismusbranche fehlt es an Arbeitskräften. Ein großes Problem  
90 dabei ist der knappe bezahlbare Wohnraum. Wir werden uns dafür einsetzen, dass  
91 das ehemalige Priwallkrankenhaus zu Personalunterkünften umgebaut wird.

## 92 Einzelhandel

93 Der Einzelhandel hat für das Wirtschaftsökosystem in der Innenstadt eine  
94 zentrale Ankerfunktion, häufig sind Einkaufsbesuche dort mit Besuchen von  
95 Gastronomie, Kultur, Unterhaltung, Ärzten, Anwälten etc. verbunden. Wir  
96 unterstützen daher eine Stadtentwicklung, die diese Ankerfunktion berücksichtigt  
97 und zur Stärkung des Einzelhandels beiträgt. Wir lehnen den weiteren Ausbau der  
98 Einkaufszentren auf der grünen Wiese ebenso ab wie andere Maßnahmen, die zu  
99 Marktanteilsverschiebungen dorthin führen. Wir werden auch dafür sorgen, die  
100 Einzelhandelsschwerpunkte in den Stadtteilen (z.B. Hanseplatz St. Lorenz Süd,  
101 Kücknitz) zu erhalten und zu stärken. Für Schlutup setzen wir uns dafür ein,  
102 einen neuen Betreiber für einen zentral gelegenen Verbrauchermarkt zu finden.  
103

## 104 Start-ups und GreenTech

105 Lübeck eignet sich durch seine Universität und Hochschulen, durch seine  
106 vorhandene Unternehmenslandschaft und seine Lebensqualität und Attraktivität  
107 hervorragend als Standort für Start-ups und Ausgründungen neuer Unternehmen aus  
108

109 den Hochschulen. Coherent und Nik Software sind beeindruckende Beispiele, was  
110 durch die Arbeit des TZL hier möglich gemacht wurde. Diese Arbeit wollen wir  
111 fördern und ausbauen. So werden wir uns dafür einsetzen, die Büroflächen des TZL  
112 im Zuge der Überplanung des Universitätscampus erweitern zu können. Ein  
113 zentrales Anliegen von neu gegründeten Start-ups ist die Anschlussfinanzierung.  
114 Hierfür wollen wir die Etablierung eines Fonds für Startup-(Fremd-)Kapital in  
115 Lübeck prüfen, idealerweise durch Kooperation mit Lübecker Firmen und  
116 Finanzinstituten der Hansestadt.

117  
118 Zentral für die Ansiedlung von Unternehmensgründer\*innen und Start-ups in Lübeck  
119 ist die Möglichkeit, qualifiziertes Personal zu finden. Häufig durch  
120 Einwanderung. Hier kann die Hansestadt wertvolle Unterstützung leisten durch  
121 Hilfestellungen für die speziellen Bedürfnisse von Start-ups bei der Bewältigung  
122 der bürokratischen Anforderungen der Einwanderung und des Ankommens in Lübeck,  
123 wie etwa bei der Suche nach Wohnraum in den ersten Monaten.

124  
125 **Städtische Gesellschaften**

126 Die städtischen Gesellschaften haben eine Gemeinwohlverpflichtung, die stärker  
127 in den Vordergrund rücken sollte. Primäres Ziel darf nicht die höchste  
128 Gewinnausschüttung, sondern sollte das gemeinschaftliche Wohl der Hansestadt  
129 Lübeck und deren Bewohner\*innen sein.

130 Wir werden uns dafür einsetzen, dass die städtischen Gesellschaften die Lübecker  
131 Klimaziele erfüllen, den Anteil von Frauen in Führungspositionen deutlich  
132 steigern und diverser werden, indem sie den Anteil von Mitarbeiter\*innen und  
133 Führungskräften mit Migrationshintergrund erhöhen. Dafür werden wir die  
134 städtischen Unternehmen im Lübecker Public Corporate Governance Kodex (PCGK)  
135 darauf verpflichten, individuelle Jahresziele für diese drei Unternehmensziele  
136 anzugeben, Maßnahmen zu erarbeiten, um diese Ziele zu erreichen und jährlich  
137 über die Auswirkungen ihrer Maßnahmen zu berichten.

138 **Gewerbeflächen und Unternehmensansiedlungen**

139 Wir sehen die Notwendigkeit, für die Wachstumsbedürfnisse der Lübecker  
140 Unternehmen und die Ansiedlung neuer Unternehmen zusätzliche Gewerbeflächen zur  
141 Verfügung zu stellen. Gleichzeitig ist es unser Ziel, den Flächenverbrauch für  
142 neue Gewerbeflächen zu reduzieren. Wir fordern daher eine Umkehr in der  
143 bisherigen Gewerbeflächenpolitik und wollen bei der Ansiedlung von Unternehmen  
144 von Quantität zu Qualität umschwenken. Die Vergabe unserer knappen  
145 Gewerbeflächen soll dabei auf Basis objektiv nachvollziehbarer Kriterien an  
146 ausgewählte Unternehmen erfolgen, die ganzheitlich einen möglichst hohen Beitrag  
147 zur ökonomischen, ökologischen und gesellschaftlichen Entwicklung Lübecks  
148 leisten. Zudem wollen wir neue Gewerbeflächen vor allem durch Innenentwicklung,  
149 Nachverdichtung und die Reaktivierung von Brach- und ehemaligen Industrieflächen  
150

151 schaffen und so die Versiegelung neuer Flächen im Außenbereich auf ein Minimum  
152 reduzieren. Die per Grundlagenbeschluss für den neuen Flächennutzungsplan  
153 beschlossenen Gewerbeflächen von ca. 320 ha im Außenbereich halten wir vor  
154 diesem Hintergrund für exzessiv und werden uns für signifikante Korrekturen  
155 einsetzen.

156  
157 Bei der Entwicklung neuer Gewerbegebiete ist uns wichtig, die Bürger\*innen  
frühzeitig und umfangreich zu beteiligen.

158 **Finanzen**

159 Lübecks finanzielle Lage hat sich in den vergangenen Jahren durch harte  
160 Sparanstrengungen, die Teilnahme am Konsolidierungsprogramm des Landes und den  
161 damit verbundenen Zuschüssen und eine erfreuliche konjunkturelle Entwicklung  
162 kontinuierlich verbessert. In den vergangenen sieben Jahren wurden so jeweils  
163 deutliche Haushaltsüberschüsse erzielt und der Schuldenstand hat inzwischen ein  
164 akzeptables Niveau erreicht. Wir setzen uns für eine nachhaltige Finanzpolitik  
165 ein und fordern eine weitere Reduzierung dieses Schuldenstandes, auch um gegen  
166 steigende Zinsen immun zu werden. Das Tempo der weiteren Nettoschuldentilgung  
167 sollte jedoch abgewogen werden mit den substantiellen finanziellen  
168 Herausforderungen, denen Lübeck sich gegenüber sieht. Die sich aus geringeren  
169 Überschüssen und einer reduzierten Tilgung ergebenden finanziellen Spielräume  
170 wollen wir entsprechend dieses Programmes vor allem für notwendige Investitionen  
171 in unterfinanzierte Bereiche wie Klimaschutz, Bildung, Mobilität,  
172 Kinderbetreuung und ein leistungsfähiges Gemeinwesen verwenden.

173 **Steuern**

174 Auch durch Verbesserungen auf der Einnahmenseite des Haushaltes wollen wir  
175 zusätzliche finanzielle Spielräume für die notwendigen Investitionen generieren.  
176 So fordern wir zu einem geeigneten konjunkturellen Zeitpunkt die Einführung  
177 einer Bettensteuer, die von Übernachtungsgästen im Lübecker Stadtgebiet zu  
178 zahlen ist, und die in sehr vielen deutschen Städten inzwischen zum Standard  
179 geworden ist. Die Bettensteuer dient insbesondere dazu, auch Touristen an der  
180 Finanzierung der von ihnen genutzten Kulturangebote, Infrastruktur und  
181 städtischen Dienstleistungen zu beteiligen.

182 Sobald die rechtliche Klärung es ermöglicht, werden wir uns für eine  
183 Verpackungssteuer nach Tübinger Vorbild einsetzen. Hierbei wird die Verwendung  
184 von Einwegverpackungen in der (System-)Gastronomie besteuert, um einerseits  
185 lenkend das Müllaufkommen zu reduzieren und andererseits, um nach dem  
186 Verursacher\*innenprinzip die Müllverursacher\*innen an den Kosten der  
187 Müllbeseitigung zu beteiligen, die bisher die Entsorgungsbetriebe und damit alle  
188 Lübecker\*innen über ihre Müllgebühren tragen.

189

190 Im Rahmen der bundesweiten Neuregelung der Grundsteuer (voraussichtlich ab 2025)  
191 werden wir uns dafür einsetzen, dass wir den kommunalen Hebesatz so anpassen,  
192 dass das Steueraufkommen in Lübeck konstant bleibt. Dadurch ist sichergestellt,  
193 dass sich im Zuge der Reform die Eigentümer\*innen mit geringerer Grundsteuer und  
194 solche mit Steuererhöhungen in Lübeck wertmäßig exakt die Waage halten. Eine  
195 Erhöhung des Aufkommens lehnen wir ab, da die Grundsteuer in der Regel an die  
196 Mieter\*innen weitergegeben wird, so dass eine Erhöhung ganz direkt Wohnen in  
197 Lübeck für Eigentümer\*innen und Mieter\*innen verteuern würde.

## 198 **Öffentliche Verwaltung und Digitalisierung**

### 199 **Personal**

200 Nach Jahren des harten Sparkurses wurde das Personal der Verwaltung in den  
201 letzten Jahren wieder deutlich aufgestockt. Wir unterstützen diesen Kurs und  
202 werden uns auch weiterhin dafür einsetzen, die für eine moderne und  
203 leistungsfähige Verwaltung notwendige Personalausstattung aufzubauen und  
204 vorzuhalten.

205 Wir werden uns dafür einsetzen, den Anteil von Frauen an Führungspositionen zu  
206 erhöhen und die Diversität der Lübecker Verwaltung durch einen höheren Anteil an  
207 Migrant\*innen unter Mitarbeiter\*innen und Führungskräften zu steigern.

208 Während der Corona-Pandemie zwangswise eingeführt, wird Home-Office seitdem  
209 vielfach zumindest in Teilen der Arbeitszeit genutzt, weil sich dadurch Beruf  
210 und Privatleben besser verbinden lassen. In vielen Unternehmen und auch in  
211 Verwaltungen wird zudem zunehmend Desk-Sharing praktiziert, um Platz und Kosten  
212 zu sparen, aber auch um einen besseren Austausch der Mitarbeiter\*innen durch  
213 wechselnde Sitzplätze zu fördern. Wir werden uns dafür einsetzen, dass auch in  
214 der Lübecker Verwaltung diese modernen Arbeitsformen den Mitarbeiter\*innen in  
215 Kombination angeboten werden, wo dies organisatorisch und rechtlich möglich ist.

### 216 **Verwaltungsgebäude**

217 Für die Akquisition und dauerhafte Bindung guter Mitarbeiter\*innen ist ein gutes  
218 räumliches Arbeitsumfeld zentral, aber leider in weiten Teilen der Lübecker  
219 Verwaltung nicht gegeben. Wir fordern daher fortlaufende Investitionen in die  
220 Modernisierung der Lübecker Verwaltungsstandorte und -immobilien. Wir bevorzugen  
221 die Sanierung und den Ausbau bestehender Standorte, wie etwa in der Dr.-Julius-  
222 Leber-Straße, gegenüber einem Verwaltungsneubau außerhalb der Innenstadt.

### 223 **Beschaffung**

224 In der städtischen Beschaffung von Gütern und Dienstleistungen werden wir uns  
225 für anspruchsvolle ökologische und soziale Standards sowie Standards des fairen  
226 Handels über die gesamte Lieferkette hinweg einsetzen, die auch den Transport

233 beinhalten. Lübeck als "Fairtrade Stadt" muss bei der Beschaffung mit gutem  
234 Beispiel voran gehen und Produkte nutzen, die ohne Kinderarbeit,  
235 umweltschädliche Produktion und Abfälle erzeugt werden. Diese  
236 Beschaffungskriterien wollen wir verschärfen und verpflichtend machen. Eine  
237 Vergabe ausschließlich an tariffreue Anbieter ist für uns selbstverständlich.  
238

239  
240  
241  
242  
243  
244

## 245 Digitalisierung und Smart City

246 Die digitalen Dienste der kommunalen Verwaltung stellen oft den ersten  
247 Kontaktpunkt der Bürger\*innen mit dem digitalen Staat dar. Wir begrüßen daher  
248 die Anstrengungen der Verwaltung, ihre Abläufe zunehmend digital zu organisieren  
249 sowie zu modernisieren und freuen uns über die Möglichkeiten, die die Smart City  
250 Plattform den Lübecker Bürger\*innen und Unternehmen zunehmend bietet. Wir  
251 fordern hier zukünftig insbesondere eine Beschleunigung der Digitalisierung von  
252 Verwaltungsvorgängen und Amtsgeschäften, die auch den Bürger\*innen einen Nutzen  
253 bieten, etwa durch vermehrte Möglichkeiten, Behördengänge bequem online  
254 erledigen zu können. Um die Digitalisierung vollumfassend in der Verwaltung zu  
255 integrieren, fordern wir, dass Lübeck eine E-Government-Strategie erarbeitet,  
256 die die Prozesse der Mitarbeiter\*innen, den Nutzen für die Bürger\*innen in den  
257 Vordergrund stellt und Zuständigkeiten klarer darstellt. Hierbei soll aus der  
258 Erfahrung von anderen Kommunen gelernt und Prozesse sowie Strategien übernommen  
259 werden. Hierzu gehören unter anderem die verpflichtende Einführung von  
260 elektronischen Akten, die Weiterbearbeitung von Anträgen auf digitalem Weg sowie  
261 die Einführung eines zentralen Bürger\*innenpostfaches. Eine vorbildhafte  
262 Einhaltung des Datenschutzes ist für uns dabei selbstverständlich.

263 Wir fordern, dass Lübeck sich an den Open-Source- und Open Data-Strategien des  
264 Landes orientiert und sich dem erfolgreich eingeschlagenen Weg anschließt.  
265 Öffentliche Daten, die Lübeck sammelt, sollen Bürger\*innen kostenfrei über die  
266 Open Data-Plattform des Landes bereitgestellt werden.  
267

268

## 269 Bürger\*innenbeteiligung

270

271 Die etablierten Werkzeuge der Beteiligung an kommunalen Entscheidungsprozessen  
272 erreichen längst nicht alle Menschen. Ein signifikanter Anteil der Bevölkerung  
273 partizipiert nicht an unserem Gemeinwesen. Wir setzen uns daher für eine  
274 Bürger\*innenbeteiligung ein, die alle Menschen mitnimmt. Hierfür müssen wir neue  
275 Wege beschreiten.  
276

277 Bürger\*innenräte

278 Ein wichtiges Instrument zur Verbesserung der politischen Partizipation können  
279 Bürger\*innenräte sein, deren Zusammensetzung zufällig ermittelt wird. Dadurch  
280 wird eine soziale Durchmischung und eine Teilnahme von Menschen erreicht, die  
281 ansonsten nicht teilnehmen würden. Bürger\*innenräte haben eine beratende  
282 Funktion und werden für spezifische Fragestellungen einberufen. Wir werden  
283 Bürger\*innenräte zu geeigneten Themen beantragen.

284 Stadtteil- und Jugendbudgets

285 Wir werden uns für Pilotprojekte zum Ausprobieren von Stadtteilbudgets  
286 einsetzen. Dabei werden Entscheidungen über die Verteilung eines extra Budgets  
287 für Maßnahmen im jeweiligen Stadtteil durch Anwohner\*innen vor Ort getroffen.  
288 Analog dazu wollen wir auch ein Jugendbudget ausprobieren, bei dem  
289 Vertreter\*innen von Jugendorganisationen über Maßnahmen für Jugendliche  
290 entscheiden.

291 Transparenz der Kommunalpolitik

292 Teilhabe und Transparenz in der Kommunalpolitik wollen wir dadurch verbessern,  
293 dass Sitzungen der Bürgerschaft aufgezeichnet und im Internet öffentlich  
294 einsehbar gemacht werden. Zudem wollen wir die digitale Teilnahme an  
295 Gremiensitzungen ermöglichen, wenn es hierfür wichtige Gründe gibt.

296

## **A4NEU2 Reihenfolge der Kapitel**

Gremium: KMV

Beschlussdatum: 26.11.2022

Tagesordnungspunkt: 1.1. Inhaltsverzeichnis - Reihenfolge der  
Kapitel

### **Text**

1 1. Einleitung

2 2. Klima & Umwelt

3 3. Stadtentwicklung & Verkehr

4 4. Soziales

5 5. Kinder- & Jugendhilfe

6 6. Wirtschaft & Finanzen

7 7. Schule & Sport

8 8. Kultur & Denkmalpflege

9 9. Entsorgung & Recycling

10 10. Sicherheit & Ordnung

11 Die Themen aus "Lokales" sollen abgestimmt auf das Layout an verschiedenen

- 12 Stellen verteilt im Programm präsentiert werden.

## A5NEU2 5. Kinder- & Jugendhilfe

Gremium: KMV

Beschlussdatum: 26.11.2022

Tagesordnungspunkt: 1.7. Kapitel 5 - Kinder- & Jugendhilfe

### Text

1 Unser Ziel ist es, qualitativ hochwertige, bedarfsgerechte und bezahlbare  
2 Angebote für alle Kinder anzubieten. Die Kinderrechtskonvention ist am  
3 20.November 1989 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen  
4 verabschiedet worden. An den darin formulierten Kinderrechten orientieren wir  
5 unsere Forderungen für Lübeck in Bezug auf Kinder- und Jugendhilfe.

6 1. Alle Kinder und Jugendlichen in Lübeck haben die gleichen Rechte. Kein  
7 Kind oder Jugendlicher darf benachteiligt werden.

8 Mit sozialraumorientierten Budgets sollen die Unterstützungsbedarfe von Kindern  
9 und Jugendlichen besser erkannt und berücksichtigt werden. Durch die Einführung  
10 eines Sozialtarifs mit kostenfreien Schüler\*innentickets soll Kindern und  
11 Jugendlichen bis einschließlich 10. Klasse die kostenlose Nutzung des ÖPNV  
12 ermöglicht werden. So stellen wir sicher, dass kein Kind mehr benachteiligt  
13 wird, nur weil es sich das Busticket nicht leisten kann oder Lehrer\*innen auf  
14 Schulausflüge verzichten, um Familien nicht mit zusätzlichen Kosten für die  
15 Nutzung des ÖPNV zu belasten.

16 Lübeck braucht eine Fachkräftestrategie für den gesamten Bereich der  
17 Kinderbetreuung. Die Stadt Lübeck muss mit gutem Beispiel vorangehen, z.B. durch  
18 Übernahmegarantien, duale Ausbildung zur Erzieher\*in/sozialpädagogische  
19 Assistentin mit fairer Bezahlung, Verzicht auf befristete Arbeitsverträge oder  
20 Stipendien. Wir achten darauf, dass Stellen für Fachkräfte angemessen bewertet  
21 werden.

22 2. Kinder und Jugendliche in Lübeck haben das Recht, gesund zu leben,  
23 Geborgenheit zu finden und keine Not zu leiden.

24 Wir setzen uns dafür ein, dass die Ernährungs-, Demokratie- und  
25 Nachhaltigkeitsbildung in KiTas weiter ausgebaut wird. Es soll einen Runden

26 Tisch gegen Kinderarmut geben. Der Kampf gegen Kinderarmut ist eine der größten  
27 gesellschaftlichen Herausforderungen und wurde durch die Corona-Pandemie weiter  
28 erschwert. Niedrigschwellige Angebote für Eltern mit besonderen  
29 Herausforderungen in Familie und Erziehung müssen weiter ausgebaut werden.  
30 Insbesondere sollte es dabei um Entlastungsangebote für Eltern gehen. Über  
31 entsprechende Angebote muss verstärkt leicht verständlich informiert werden. Die  
32 KiTas der Zukunft müssen klimaneutral sein. Die Einführung von  
33 Umweltmanagementsystemen wie z.B. EMAS Easy können dabei einen großen Beitrag  
34 leisten.

35 3. Kinder und Jugendliche in Lübeck haben das Recht zu lernen und eine  
36 Ausbildung zu machen, die ihren Bedürfnissen und Fähigkeiten entspricht.

37 Wir müssen mehr KiTa-Plätze schaffen, um möglichst jedem Kind Betreuung in  
38 Wohnnähe zu ermöglichen. Die Schließzeiten sollen den Bedürfnissen bzw. der  
39 Nachfrage angepasst werden. Wir setzen uns dafür ein, dass die  
40 Verpflegungsentgelte für alle Kinder im gleichen Maße subventioniert werden, in  
41 städtischen wie in den KiTas der freien Träger. Es ist eine nachhaltige, gesunde  
42 und möglichst regionale Ernährung notwendig, die auch jetzt schon mindestens den  
43 aktuellen Empfehlungen der "Deutsche Gesellschaft für Ernährung e.V.  
44 DGE" entsprechen sollte.  
45 .

46 Die Situation der Kindertagespflegepersonen hinsichtlich Vertretung,  
47 Qualifikation und Bezahlung werden wir weiter im Blick behalten und kritisch  
48 begleiten.

49 Die Budgetvergabe für die freien Träger von KiTas muss zukünftig transparent  
50 sein. Es soll sich um Jahresbudgets handeln, die durch die Träger frei verwaltet  
51 werden können.

52 Für den Übergang von Schule in Ausbildung und Beruf gibt es umfassende  
53 Unterstützungsstrukturen. Diese sollen durch eine kommunale Steuerung besser  
54 vernetzt werden. Für Jugendliche ohne Berufsausbildung sollen die Kapazitäten  
55 für zielgerichtete und niedrigschwellige Berufsorientierungsangebote erhöht  
56 werden. Produktionsschulen verbinden schulische und praktische Einheiten zur  
57 Berufsvorbereitung und sind eine sinnvolle Vorbereitung zur Integration auf dem  
58 Arbeitsmarkt. Wir setzen uns dafür ein, dass deutlich mehr Plätze in Lübeck zur  
59 Verfügung gestellt werden. Wünschenswert ist zudem, dass eine Flexibilität in  
60 den Maßnahmen geschaffen wird, die es Jugendlichen ermöglicht,  
61 Berufsvorbereitung bedarfsgerecht und individuell mit Eingliederungshilfen zu  
62 kombinieren.

63 4. Kinder und Jugendliche in Lübeck haben das Recht zu spielen, sich zu

64 erholen und künstlerisch tätig zu sein.

65 Lübeck braucht mehr barrierearme Spielflächen und -räume, damit alle Kinder  
66 miteinander spielen können, unabhängig von körperlichen oder geistigen  
67 Einschränkungen. So werden spielerisch Barrieren und Vorurteile überwunden und  
68 Brücken gebaut. In integrativen Spielräumen kann auf kindgerechte Weise eine  
69 Verbindung zwischen Menschen geschaffen werden, die sonst meist gesellschaftlich  
70 voneinander getrennt spielen. Das entspricht unserem Verständnis von Inklusion.

71 Wir setzen uns für mehr NaturKiTas ein, denn der Aufenthalt in der Natur wirkt  
72 sich ganzheitlich positiv auf die Entwicklung von Kindern aus. Jede KiTa soll  
73 ein Ort der Vielfalt und Inklusion sein.

74 Museen und Theater sind elementare Bestandteile der kulturellen Bildung. Im  
75 Museum und im Theater lernen schon die Kleinsten, sich für Neues und Unbekanntes  
76 zu begeistern. Deshalb sollten Kinder bis zum 14. Lebensjahr freien Zutritt in  
77 die Museen und Theater haben und darüber hinaus bis zum 18. Lebensjahr einmal im  
78 Monat.

79 Angebote für Kinder und Jugendliche, wie z.B. Jugendzentren, sind oft noch zu  
80 unbekannt. Hier soll zielgerichtet und besser informiert werden, z.B. mit  
81 Infotagen an Schulen. Es braucht mehr Freizeitangebote und Möglichkeiten zum  
82 Zusammenkommen im öffentlichen Raum für Kinder und Jugendliche. Hier sollten die  
83 z.T. unterschiedlichen Bedürfnisse von Mädchen und Jungen erfragt werden und  
84 entsprechend umgesetzt werden z.B. Skateplätze oder Sport-Parcours, geschützte  
85 Bereiche mit Sitzgelegenheiten und Tischen. Wünschenswert wäre verfügbares freies  
86 WLAN an diesen Orten.

87 5. Kinder und Jugendliche in Lübeck haben das Recht, bei allen Fragen, die  
88 sie betreffen, mitzubestimmen und zu sagen, was sie denken.

89 Kommunalpolitische Entscheidungen und Vorhaben wirken sich oftmals unmittelbar  
90 auf Kinder und Jugendliche aus. Direkt beteiligt werden Kinder und Jugendliche  
91 in Lübeck jedoch zu wenig an politischen Prozessen.

92 Wir fordern eine konsequente Umsetzung des Rechtes auf Kinder- und  
93 Jugendbeteiligung in politischen Gremien und in Bereichen der Verwaltung mit  
94 Unterstützung des aktuell laufenden Prozess des Programms "Demokratie leben." Die  
95 Jugendlichen müssen über mögliche Modelle für Beteiligung informiert und in die  
96 Entscheidung mit einbezogen werden. Die so gewählten Vertreter\*innen sollen in  
97 allen politischen Gremien teilnahme- und stimmberechtigt sein.

98 Im Rahmen des Beteiligungsprozesses "Lübeck über:morgen" wurden Kinder und  
99 Jugendliche zwar gehört, ihre Ideen und Forderungen jedoch bisher kaum weiter  
100 verfolgt. Wir machen uns stark für die Umsetzung ihrer Wünsche.

101 Wir wollen die in Lübeck bereits vorhandenen Beteiligungsstrukturen für Kinder  
102 und Jugendliche bekannter machen. Notwendig ist hier sowohl die verstärkte  
103 Nutzung digitaler Medien, um möglichst viele Kinder und Jugendliche zu  
104 erreichen, als auch der Einsatz von Beteiligungs-Lotsen in  
105 Bildungseinrichtungen.

106 6. Kinder und Jugendliche in Lübeck haben das Recht auf Schutz vor Gewalt,  
107 Missbrauch und Ausbeutung:

108 Kinder und Jugendliche sollen in Lübeck sicher und gewaltfrei aufwachsen können.  
109 Starke und selbstbewusste Kinder und Jugendliche sind besser vor Gewalt  
110 geschützt. Sie können ihre Wünsche und Beschwerden benennen und einbringen. Wir  
111 wollen daher vorhandene Präventions- und Selbstverteidigungskonzepte weiter  
112 fördern und ausbauen. Wir brauchen mehr niedrigschwellige Aufklärungsangebote  
113 für Kinder und Jugendliche über Gewaltschutz. Einrichtungen, denen Kinder und  
114 Jugendliche anvertraut sind, können eine entscheidende Rolle bei der  
115 Gewaltprävention spielen. Gerade in KiTas, Schulen und Vereinen wollen wir daher  
116 Schutzkonzepte und Schulungen für Beschäftigte einführen. Kinder und Jugendliche  
117 in erzieherischen Hilfen benötigen fachlich und personell besonders gut  
118 ausgestattete Unterstützungsangebote. Jugendliche aus stationären Einrichtungen  
119 oder Pflegefamilien werden so lange unterstützt, bis eine gesicherte Perspektive  
120 entwickelt ist. Entlassungen in die Wohnungslosigkeit müssen ausgeschlossen  
121 werden.

122 Für hilfesuchende Jugendliche brauchen wir niedrigschwellige, digitale Zugänge  
123 zu Hilfe- und Beratungsangeboten. Die vorhandenen Strukturen wollen wir erhalten  
124 und weiter ausbauen. Lübeck braucht eine Beratungsstelle für konsumierende und  
125 suchtkranke Jugendliche, sowie die Einrichtung einer intensivpädagogischen  
126 Wohngruppe.

127 7. Kinder und Jugendliche in Lübeck haben das Recht, sich alle Informationen  
128 zu beschaffen, die sie brauchen, und ihre eigene Meinung zu verbreiten.

129 In unserer heutigen digitalen Welt müssen alle Angebote und Antragsverfahren für  
130 Kinder und Jugendliche digital zur Verfügung gestellt werden, um echte Teilhabe  
131 zu ermöglichen. Eine Informationskampagne soll dies begleiten.

132 Gesellschaftliche Partizipation kann heute nur noch gelingen, wenn Kinder und  
133

134 Jugendliche die notwendigen Informationen erhalten, damit sie sich  
135 gesellschaftlich und politisch orientieren und eigene Standpunkte entwickeln  
136 können. Deshalb muss das Social Media Angebot der Stadt deutlich ausgeweitet  
137 werden. Online-Medien bieten die Gelegenheit, mit anderen zu gesellschaftlich  
138 relevanten Fragen niedrigschwellig in den Austausch zu treten, eigene  
139 Standpunkte darzulegen und auf gesellschaftliche und politische Prozesse und  
Entscheidungen Einfluss zu nehmen.

140 Medienkompetenz ist ein elementarer Bestandteil für die Teilhabe an der  
141 Gesellschaft, deshalb sollte sie so früh wie möglich vermittelt werden.  
142 Medienerziehung schon in der KiTa kann Bildungschancen eröffnen. Kinder können  
143 schon in der KITA lernen, wie sie Medien nicht nur zur Unterhaltung nutzen,  
144 sondern auch als Informationsquelle, als Kommunikationsmittel oder als Werkzeug  
145 für kreatives Arbeiten.

146 8. Kinder und Jugendliche haben das Recht, dass ihr Privatleben und ihre  
147 Würde geachtet werden.

148 Die Würde des Menschen ist unantastbar. So steht es im Grundgesetz und gilt für  
149 Kinder und Jugendliche ganz besonders, da sie mehr als Erwachsene von der  
150 Willkür anderer abhängig und darauf angewiesen sind, dass ihnen Angebote auch  
151 zugänglich gemacht werden. Das Beratungsangebot für Kinder und Jugendliche muss  
152 deutlich ausgebaut werden. Wir brauchen ein eigenes Mädchenzentrum, ein eigenes  
153 Jugendzentrum, die queeren Beratungsangebote sollen gefördert werden und es  
154 braucht dezentrale, von Schulen getrennte, niedrigschwellige und anonyme  
155 Beratungsangebote für Jugendliche.

156 Mit einer digitalen Lübeck-Card für alle unter 18 Jahren können finanzielle  
157 Hilfen auf einer Karte erfasst werden (Bildungsfond, Sportverein, ÖPNV, etc.).  
158 Das Einführen einer einheitlichen Lübeck-Card schützt finanziell geförderte  
159 Kinder und Jugendliche vor Stigmatisierung.,

160 9. Kinder und Jugendliche haben das Recht, im Krieg und auf der Flucht  
161 besonders geschützt zu werden.

162 Wir sorgen dafür, dass auch für geflüchtete Kinder und Jugendliche das Recht auf  
163 Schutz, auf kindgerechte Umgebung, auf Bildung, gute Gesundheitsversorgung, auf  
164 gleiche Chancen und soziale Teilhabe gewahrt wird. Dafür wollen wir weitere  
165 niedrigschwellige Strukturen zur Unterstützung und Beratung schaffen. Die  
166 Sprachmittlungsangebote für Arztbesuche und andere Erledigungen im Alltag  
167 möchten wir ausbauen.

168 10. Kinder und Jugendliche mit Behinderungen oder besonderen Bedarfen haben  
169 das Recht auf besondere Fürsorge und Förderung, damit sie aktiv am Leben  
170 teilnehmen können.

171 Gleichberechtigte Mitbestimmung und Teilhabe an der Gesellschaft für Kinder und  
172 Jugendliche mit Behinderungen oder besonderem Unterstützungsbedarf kann nur  
173 gelingen mit inklusiver Kinder- und Jugendarbeit. Insbesondere Angebote  
174 außerhalb von KiTas und Schulen sind wichtig für die Förderung der  
175 Persönlichkeitsentwicklung von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen und  
176 besonderen Bedarfen. Wir wollen Sportvereine ermutigen, integrative Angebote  
177 auszubauen.

## A6NEU2 8. Kultur & Denkmalpflege

Gremium: KMV

Beschlussdatum: 26.11.2022

Tagesordnungspunkt: 1.9. Kapitel 7 - Kultur & Denkmalpflege

### Text

1 Kultur und Denkmalpflege

2 Kultur ist ein existenzieller Baustein unserer Demokratie. Sie ist für die  
3 Gesellschaft ein Ort der Reflexion, Begegnung und Zusammenhalt und für die/den  
4 Einzelne\*n zentral für die Entwicklung der Persönlichkeit. In der UNESCO-  
5 Welterbe- und Kulturstadt Lübeck ist sie gleichzeitig auch Privileg und  
6 Verantwortung sowie Tourismus-, Standort- und Wirtschaftsfaktor, dessen  
7 Attraktivität Lübecker Unternehmen insbesondere im Wettbewerb um knappe  
8 Fachkräfte unterstützt.

9 Nach den monatelangen Schließungen während der Corona-Pandemie wollen wir  
10 sicherstellen, dass sich die besondere Lübecker Kulturlandschaft wieder erholt  
11 und zu neuer Lebendigkeit und Reichhaltigkeit ausgebaut wird. Analog zu den  
12 Landesmitteln sollen daher auch die städtischen Zuschüsse dynamisiert werden.  
13

14 Wir wollen Nachhaltigkeit in der Kultur und bei Veranstaltungen stärken. Die  
15 Vergabe von Fördermitteln und die Auftragsvergabe bei städtischen  
16 Veranstaltungen werden an Nachhaltigkeitskriterien geknüpft, wie die Nutzung von  
17 Mehrweg, Müllvermeidung und Stromsparmaßnahmen. Die Verwaltung soll hierfür  
18 Richtlinien sowie Good Practice-Beispiele grüner Kultur und beispielhafte  
19 Nachhaltigkeitskonzepte erstellen. Städtische kulturelle Einrichtungen ernennen  
20 Transformationsmanager\*innen, die den Beitrag ihrer Einrichtung zum Klimaschutz  
21 kontinuierlich verbessern. Die Nutzung des ÖPNV soll mit kombinierten  
22 „Kulturtickets“ gefördert werden.  
23  
24

25 Freie Szene, Soziokultur und Kultur in den Quartieren  
26

27 Neben den klassischen Säulen der Kultur wie Theater, Konzerte, Museen,  
28 Baudenkmäler und Film, findet Kultur auch ganz wesentlich in der freien Szene  
29 statt, in den Clubs, auf der Straße, in Gängen und Höfen, und ist dort oftmals  
30 zu wenig gefördert. Diese Förderung wollen wir gezielt verstärken. Wir wollen  
Kultur in die Stadtteile bringen und die kulturelle Vielfalt der Quartiere und

32 deren Potenzial fördern und finanzielle Mittel für Soziokultur und dezentrale  
33 kulturelle Orte in den Quartieren bereitstellen. Dazu streben wir unter anderem  
34 eine Erhöhung der personellen und finanziellen Ressourcen des Kulturbüros und  
35 eine größere Rolle von Künstler\*innen in der musischen und kulturellen Bildung  
36 an, auch in der schulischen Ganztagesbetreuung. Ein wichtiges Element dieser  
37 Kulturförderung ist die Möglichkeit für Werbung und Öffentlichkeitsarbeit. Diese  
38 wurde gerade für einzelne Kulturschaffende durch die Fremdvergabe der  
39 Litfaßsäulen und Außenwerbung vor einigen Jahren erheblich eingeschränkt. Hier  
40 wollen wir Abhilfe schaffen und prüfen, welche Verbesserungsmöglichkeiten es  
41 gibt.

42

43

44

#### 45 Museen und Sammlungen

46 Lübecks reichhaltige Museumslandschaft ist führend in Schleswig-Holstein. Deren  
47 Modernisierung und Anpassung an aktuelle Anforderungen ist eine dauerhafte  
48 Herausforderung, die wir gerne unterstützen. Dafür notwendige bauliche Maßnahmen  
49 sollen in einem angemessenen Kostenrahmen geschehen und den Ansprüchen des  
50 Denkmalschutzes genügen.

51 Museen als Bildungshäuser sollen niedrigschwellig und barrierefrei zugänglich  
52 sein. Das gilt auch für Familien und ökonomisch schwache Personengruppen. Der  
53 Abbau von Barrieren für den Museumsbesuch insbesondere junger Menschen ist uns  
54 ein wichtiges Anliegen. Wir wünschen uns den weiteren Ausbau der  
55 museumspädagogischen Ressourcen. Ebenso schätzen wir die Museumcard für freien  
56 Eintritt bis 18 im Sommer. Derartige Angebote wollen wir um weitere Ermäßigungen  
57 ergänzen, etwa durch freien Eintritt für Kinder bis 12 (bisher bis 6) und im  
58 Rahmen von Schulausflügen.

59 Die digitale Erfassung und Präsentation von Kunstwerken, Exponaten und Inhalten  
60 der Lübecker Museen soll vorangetrieben werden und die Öffentlichkeitsarbeit und  
61 Bildungsvermittlung der Museen unterstützen.

62

#### 63 Neues Buddenbrookhaus

64

65 Die Modernisierung und Erweiterung des neuen Buddenbrookhauses ist für uns eine  
66 große Chance, am Originalschauplatz die Welt der aus Lübeck stammenden,  
67 berühmten Schriftstellerfamilie erlebbar zu machen und damit ein echtes  
68 Highlight für Lübecker\*innen und Besucher\*innen zu schaffen. Wir haben jedoch  
69 kein Verständnis dafür, dass ausgerechnet Kulturstätten wenig umsichtig mit dem  
70 baulichen Erbe der Stadt umgehen und fordern eine Veränderung der bisherigen  
71 Planung, die dem Denkmalschutz die Rolle beimisst, die er verdient. Auch die  
72 geplanten Baukosten von 33,5 Mio. Euro (Stand März 2021, rund drei Jahre vor dem  
73 geplanten Baubeginn) sind unnötig hoch und sollten dabei angepasst werden.

74 Museum für Natur und Umwelt

75 Die Konzeption des Museums für Natur und Umwelt soll für ein breites Publikum  
76 und familiengerecht ausgerichtet werden. Den Umfang der Planung in der  
77 Machbarkeitsstudie halten wir jedoch für zu groß und zu teuer. Wir setzen uns  
78 für eine Fortsetzung der Präsentation der Urzeitwale aus Groß Pampau in Lübeck  
79 in einem gemeinsamen Konzept mit den ehrenamtlichen Ausgräber\*innen, dem Land  
80 und dem Landkreis Herzogtum Lauenburg ein. Falls notwendig, befürworten wir  
81 hierfür die Zusammenarbeit mit einer/m Mediator\*in.

82 Die Umgebung des Museums soll ergänzt werden durch einen Open Space und einen  
83 thematisch entsprechend gestalteten Spielplatz mit Erfahrungsräumen als  
84 Begegnungs- und Erkundungsort auch außerhalb der Öffnungszeiten.

85 Völkerkundesammlung

86  
87 Wir werden uns dafür einsetzen, dass Lübecks Völkerkundesammlung wieder in einem  
88 eigenen Museum der Öffentlichkeit präsentiert wird. Wir wünschen uns dort  
89 Ausstellungen, die von Kulturschaffenden aus aller Welt in Zusammenarbeit mit  
90 Forschenden kuratiert werden, Stipendien, die eine lebendige Auseinandersetzung  
91 mit den Ausstellungsinhalten ermöglichen, Zusammenarbeit mit kulturellen  
92 Bildungsstätten und Kulturzentren und eine Namensgebung, die „Weltkultur“  
93 anstatt „Völkerkunde“ beinhaltet.

94 Wir setzen uns für einen transparenten und umfassenden Prozess der Restitution  
95 unrechtmäßig erworbenen Objekte in den Lübecker Museen und Sammlungen ein. Die  
96 Rückgabe der betreffenden Objekte soll durch eine öffentliche Aufarbeitung auf  
97 Basis wissenschaftlicher Erkenntnisse geprüft und ggf. durchgeführt werden.  
98 Dabei ist uns wichtig, dass die restituierten Objekte auch tatsächlich dem  
99 kulturellen Erbe des Herkunftslandes zugutekommen.

100 Theater

101 Lübeck hat einen großen Schatz von mehr als 20 Theatern. Neben dem großen  
102 Stadttheater mit eigener Musiksparte und Sinfonieorchester gibt es unter anderem  
103 ein Hoftheater, ein Puppentheater (nicht nur für Kinder), ein Theaterschiff,  
104 mehrere Kinder- und Jugendtheater, ein Zaubertheater, Häuser für Schauspiel,  
105 Komödie und Laientheater. Diese Vielfalt muss geschätzt, gefördert und gestärkt  
106 werden. Insbesondere wollen wir bei der Erschließung neuer Zuschauergruppen und  
107 der Kinder- und Jugendarbeit unterstützen. Dazu gehören auch die Errichtung  
108 neuer Werbeflächen, um Öffentlichkeit herzustellen, aber auch eine verstärkte  
109 Bespielung und Bewerbung des Portals „Lübeck-Bühnen“. Eine gemeinsame Kampagne  
110 der Stadt für die Theater und das gemeinnützige Kino KOKI soll dabei helfen,  
111 nach den Corona-Einbrüchen wieder deutlich mehr Zuschauer in die Vorstellungen  
112 zu locken.

113  
114 Wir stehen zu unserem Theater mit seinem tollen Angebot und werden auch in der  
115 nächsten Wahlperiode für eine ausreichende finanzielle Ausstattung sorgen.  
116  
117

118 **Film**

119 Lübeck hat eine reichhaltige und traditionsreiche Filmszene sowohl für die  
120 Produktion von Filmen als auch für ihre Präsentation. Es ist als  
121 Produktionsstandort verantwortlich für eine Vielzahl national beachteter Filme.  
122 Für professionelle Filmproduktionen wollen wir ein Filmzentrum für die  
123 Vernetzung von Ressourcen und professionellem Personal aufbauen, wo  
124 Filmschaffende ein Zuhause bekommen. Daran angedockt soll es eine  
125 Ausbildungsstätte für Fachnachwuchs geben, um einem starken Fachkräftemangel in  
126 der Branche entgegenzuwirken.

127 Die Nordischen Filmtage als weltweit einziges Festival für den nordischen und  
128 baltischen Raum locken jedes Jahr ca. 35.000 Besucher\*innen sowie zahlreiche  
129 Filmschaffende in die Stadt. Wir wollen die Nordischen Filmtage verbessern und  
130 zukunftssicher machen, indem Filmbildung in die städtische Basisfinanzierung  
131 aufgenommen und so zu einer Kernaufgabe des Festivals gemacht wird. Dazu gehört  
132 die Förderung von Formaten, die ein junges Publikum ansprechen, insbesondere  
133 durch Investitionen in digitale Projekte. Auch ein gestaffeltes Tarifsystem ist  
134 notwendig.

135 **Musik, Clubs und Konzerte**

136 Die Clubszene ist Veranstaltungsort, Begegnungsstätte und Kreativraum für Musik,  
137 Tanz und bildende Künste. Gemeinsam mit Akteur\*innen wollen wir ein Konzept zur  
138 Stärkung der Clubszene und von Veranstaltungscafés entwickeln, für die die  
139 starken Einbrüche der Corona-Pandemie Existenz bedrohliche Langzeitfolgen hatte  
140 und hat.

141 Die Bereitstellung und Vermittlung von Räumen für Musikprojekte und Auftritte  
142 sowie Kapazitäten für Proberäume sollen als wichtige Arbeitsgrundlage der freien  
143 Musikszene und Kulturvermittler\*innen vorangetrieben werden. Hierfür wollen wir  
144 auch weiterhin Möglichkeiten der kulturellen Zwischennutzung schaffen.

145 Freie Musiker\*innen wollen wir unterstützen, indem wir ihnen auch als  
146 städtischer Auftraggeber in Lübeck z.B. auf Stadtfesten wie dem Hansekulturfest  
147 zusätzliche Auftrittsmöglichkeiten verschaffen.

148 **Bildende Kunst**

149 Wir wollen die breite Szene bildender Kunst in Lübeck wertschätzen, fördern und  
150 noch sichtbarer machen. Dafür wollen wir ein städtisches Budget für den Ankauf  
151 von Kunst für Lübecker Museen und Ausstellungsorte einrichten, auch immer mit  
152 Werken Lübecker Künstler\*innen. Aus diesem Fonds soll auch ein Programm für  
153 Kunst und Kunstprojekte im öffentlichen Raum gespeist werden.

154 Wir werden uns dafür stark machen, dass eine Vermittlung und ggf. auch Förderung  
155 in Lübeck etabliert wird, die es Künstler\*innen ermöglicht, geeignete Arbeits-,  
156 Ausstellungs- und Veranstaltungsräume für ihre Arbeit anzumieten.

157 Wir wollen Kunst am Bau im öffentlichen Raum fördern durch Beratung des  
158 Kulturbüros über Fördermöglichkeiten und durch Projekte der städtischen  
159 Wohnungsbaugesellschaft Trave. Und wir wollen sie angemessen pflegen.  
160

### 161 162 Musische und kulturelle Bildung

163 Wir wollen Chancengleichheit und insbesondere für Kinder einen  
164 niedrigschwlligen Zugang zu musischer und kultureller Bildung schaffen. Hierfür  
165 wollen wir einen Kulturbildungsfonds einrichten, mit dem eine Zusammenarbeit von  
166 Künstler\*innen, Musikschulen und Musikpädagog\*innen in der kulturellen  
167 Bildungsarbeit finanziert werden soll, auch in Kooperationen mit der Kinder- und  
168 Jugendarbeit und Bildungseinrichtungen.

169 Wir werden uns dafür einsetzen, dass die erfolgreiche Arbeit der Musikschulen in  
170 Lübeck in vollem Umfang fortgesetzt werden kann und entsprechend finanziert  
171 wird.

### 172 Bibliotheken

173  
174 Wir wollen die Stadtbibliothek auch in den Stadtteilen zu sogenannten "dritten  
175 Orten" der Kommunikation, des Lernens und der Begegnung weiterentwickeln und  
176 stärker in die Stadtgesellschaft integrieren. Hierfür streben wir eine  
177 Zusammenarbeit mit Museen, der Volkshochschule und anderen Kultur- und  
178 Bildungseinrichtungen an. Vorbild ist das Dokk1 in Aarhus.  
179

### 180 181 Denkmalpflege und Archäologie

182 Das einzigartige UNESCO-Weltkulturerbe der Lübecker Altstadt auch für zukünftige  
183 Generationen zu erhalten, das Wissen darüber zu mehren und zu verbreiten und  
184 Lübecks Vergangenheit archäologisch zu erforschen und zu dokumentieren, sind uns  
185 wichtige Anliegen.  
186

187 Entsprechend ist es für uns zentral, dem Denkmalschutz in der Abwägung mit

188 anderen Interessen stets eine sehr hohe Priorität einzuräumen und die  
189 Denkmalpflege mit den dafür notwendigen personellen und technischen Ressourcen  
190 und ordnungsrechtlichen Mitteln auszustatten. Denkmalschutz beinhaltet für uns  
191 auch Erhalt und behutsame Entwicklung schützenswerter Industriedenkmäler, wie  
192 etwa auf der Nördlichen Wallhalbinsel, und den Erhalt und Pflege historischer  
193 Parkanlagen, Gärten und Alleen.

194 Die seit der Novellierung des Denkmalschutzgesetzes erforderliche Neu-  
195 Inventarisierung des Denkmalbestands ist bis heute in Lübeck nicht geleistet  
196 worden. Die frühzeitige Information von Denkmaleigentümern, deren Beratung und  
197 Begleitung bei baulichen Maßnahmen ist für einen aktiven Denkmalschutz  
198 unerlässlich und für die Akzeptanz seiner Anliegen elementar. Es fehlt eine  
199 flächendeckende Untersuchung schützenswerter Architektur und städtebaulicher  
200 Strukturen jüngerer Zeitschichten, auch außerhalb der Lübecker Altstadt.

201 Richtlinien für die Stadtbildpflege fehlen oder sind im Vergleich zu anderen  
202 Metropolen des Mittelalters im Ostseeraum nicht auf der Höhe der Zeit. Lübeck  
203 muss in dieser Hinsicht Vorbild (best practice) sein. Das Zusammenwirken von  
204 Denkmalpflege und Stadtbildpflege (Stadtplanung) ist hierfür  
205 fachbereichsübergreifend zu intensivieren und zu verstetigen.

206 Dem aktiven oder passiven Denkmalverlust durch illegale Maßnahmen oder bewusstes  
207 Verfallenlassen wollen wir durch eine auch hierfür fachlich gut aufgestellte  
208 Denkmalpflege entgegentreten. Die Anliegen des Denkmalschutzes sollen zukünftig  
209 auch durch aktives Handeln im Wege von Ersatzvornahmen durchgesetzt werden. Das  
210 Verständnis für und die Kenntnis über den Denkmalschutz soll durch geeignete  
211 Maßnahmen verbessert werden. Die Stelle einer/s Amtsrestaurator\*in soll  
212 geschaffen werden, um Architekten und Handwerker in Material- und  
213 Ausführungsfragen anleiten zu können und insbesondere städtische  
214 Sanierungsvorhaben an besonderen Großdenkmälern fachlich zu begleiten. Wir wollen  
215 die Anforderungen an den Denkmalschutz und Klimaschutz zusammenbringen. Dafür  
216 soll von Fall zu Fall eine gemeinsame Lösung der Fachbereiche entwickelt werden.

217 Wir werden die Möglichkeit eines archäologischen Museums in Lübeck prüfen lassen  
218 und wollen Projekte fördern, die insbesondere auch Jugendliche für das  
219 historische Erbe unserer Stadt sensibilisieren und wollen uns dabei auch dafür  
220 einsetzen, die Geschichte der Quartiere zu dokumentieren und zu vermitteln.  
221

222 Neue archäologische Funde, wie etwa das Schiffswrack aus dem 17. Jahrhundert in  
223 der Trave, sollen mit einem Aufwand geborgen, konserviert und präsentiert  
224 werden, der ihrer Bedeutung entspricht. Entsprechende Budgets und  
225 Vorgehensweisen sollen regelmäßig auf Basis der jeweils neuen Erkenntnisse  
226 überprüft werden.  
227

228 Das Archiv möchten wir ausreichend ausstatten, unter anderem um die von den  
229

230 Staaten der ehemaligen UdSSR zurückgegebenen Archivalien angemessen bearbeiten zu können.

231 Erinnerungskultur

232 Wir wollen Erinnerungskulturen vernetzen und stärken. In Zusammenarbeit mit  
233 Museumspädagogik, Initiativen und Wissenschaftler\*innen wollen wir Konzepte für  
234 mehr Sichtbarkeit der dunklen Kapitel der Stadtgeschichte entwickeln. Dazu  
235 gehören die Unterstützung z.B. durch städtische Beteiligung bei Projekten wie  
236 den Stolpersteine, der Initiative „Hafenstraße 96“ oder den Gestapo-Zellen unter  
237 dem Haus der Kulturen.

238 Ein Ort der Dokumentation zur Erinnerungskultur kann in einem passenden  
239 historischen Ort entstehen, z.B. in den Räumen des Gerichts - jetzt Teil des  
240 Hansemuseums -, des ehemaligen Gefängnisses - jetzt Jugendzentrum - oder im  
241 Zeughaus.

242 Die Grenzdokumentationsstätte wollen wir erhalten und kontinuierlich  
243 unterstützen. Wichtige Anstöße zur Aufarbeitung der Kolonialzeit sollen mit der  
244 Ausstellung der Völkerkundesammlung im künftigen Museum für Weltkulturen  
245 geliefert werden. Für den Jüdischen Friedhof in Moisling wünschen wir uns ein  
246 Denkmal und eine App über jüdisches Leben in Lübeck.

248

249

250 Internationaler Kultauraustausch

251 Unsere Städtepartnerschaften sind für uns wichtige Elemente des internationalen  
252 kulturellen Austausches. Wir wollen sie beleben durch die Organisation  
253 gegenseitiger Besuchsreisen für Bürger\*innen, Austausche von Jugendlichen und  
254 Auszubildenden und thematische kulturelle und sportliche Veranstaltungen und  
255 streben den Aufbau neuer Partnerschaften an, begleitet durch den Verein Lübeck  
256 Partner.

## A7NEU 7. Schule & Sport

Gremium: KMV

Beschlussdatum: 26.11.2022

Tagesordnungspunkt: 1.8. Kapitel 6 - Schule & Sport

### Text

1 Weil gute Schulen die Grundlage sind (Präambel)

2 Für alle Lübecker Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen sind unsere  
3 Schulen über einen prägenden Zeitraum zentraler Bestandteil ihres Alltag.  
4 Grundschulen, Gemeinschaftsschulen, Gymnasien, berufliche Schulen und  
5 Förderzentren sind mehr als ein Lernort, an dem Kompetenzen ausgebildet werden.  
6 Vielmehr sind sie ein wichtiger Begegnungsort, der die Grundlage zur  
7 Persönlichkeitsentwicklung darstellt.

8 Schülerinnen und Schüler verdienen Bildungsräume, in denen sie geschützt sind,  
9 sich entfalten können und in förderlicher Atmosphäre lernen können - dafür  
10 machen wir uns stark!

11 Bedarfsgerechte Verfügbarkeit von Schulsozialarbeit

12 Schulen sind über viele Jahre Lebensmittelpunkt für alle jungen Menschen in  
13 Lübeck. Daraus ergibt sich neben dem Bildungsauftrag auch die  
14 Gewährleistungspflicht zur Beratung und Hilfe für Schülerinnen und Schüler bei  
15 sozialen, psychischen und individuellen Herausforderungen. Um diesen gerecht zu  
16 werden, braucht es qualifizierte Ansprechpersonen, die niedrigschwellig und  
17 unabhängig von Unterricht und Bewertung für Schülerinnen und Schüler ansprechbar  
18 sind. Wir fordern deshalb eine bedarfsgerechte Aufstockung der Schulsozialarbeit  
19 nach der Maßgabe: Jede Schule braucht min. eine\*n feste\*n  
20 Schulsozialarbeiter\*in!

21 Recht auf gemeinsames Lernen und barrierefreie Schulen

22 Sowohl im Sozialgesetzbuch als auch in der UN-Behindertenrechtskonvention ist  
23 festgehalten, dass Kinder und Jugendliche mit Behinderung ein Recht auf  
24 gleichberechtigte Bildung haben. Inklusive Bildung ermöglicht es Kindern und  
25 Jugendlichen, ihre Schule und Schularbeit frei und unabhängig wählen zu können und

26 an allen Schulen die gleiche Förderung zu erhalten.

27 Um dies auch in Lübeck garantieren zu können, fordern wir einen Ausbau des  
28 Inklusionsangebots. Dazu gehören insbesondere eine Aufstockung des Lübecker  
29 Integrations-Pools sowie ein barrierefreier Aus- oder Umbau der Schulgebäude.  
30 Barrierefreie Schulen sind nicht nur in Bezug auf inklusiven Unterricht  
31 essentiell, sondern erlauben es darüber hinaus, allen Familienangehörigen,  
32 Freund\*innen und Interessierten an schulischen Veranstaltungen teilzuhaben.  
33 Zusätzlich sind Schulen so auch barrierefreie Veranstaltungsstätten, die  
34 multifunktional nutzbar sind.

35 Sanierungsstau auflösen - Masterplan Schule

36 Um guten Unterricht und ein erfülltes Schulleben zu ermöglichen, sind gepflegte,  
37 intakte und vor allem sichere Schulgebäude unumgänglich. Die lange Liste an  
38 drängenden Sanierungsaufgaben muss schnell und strukturiert bearbeitet und  
39 finanziert werden. Wir wollen den Sanierungsstau langfristig auflösen und  
40 fordern daher einen „Masterplan Schule“. Zunächst soll eine Übersicht über  
41 versäumte, anstehende und nötige Sanierungen an allen Schulgebäuden aufgestellt  
42 werden, um anschließend einen konkreten und verbindlichen Sanierungsplan  
43 erstellen und umsetzen zu können.

44 Schulen für den Ganztag fit machen

45 Die Nachfrage nach Ganztagsangeboten in Schulen ist in den letzten Jahren immens  
46 gestiegen und wird weiter steigen. Ganztagschulen sind ein wichtiges Angebot,  
47 auf das wir nicht mehr verzichten könnten. Unter dem rasanten Anstieg der  
48 Nachfrage leidet allerdings vielerorts die Qualität des Angebots. Wir werden uns  
49 dafür einsetzen, dass Schulen endlich schnell an die Bedarfe des Ganztags  
50 angepasst werden, es braucht multifunktionale Räume, die über den klassischen  
51 Unterricht hinaus vielseitig nutzbar sind. Hierfür eignet sich beispielsweise  
52 das Konzept zur neuen Verwendung des Karstadt-Gebäudes. Möglichkeiten wie diese  
53 müssen genutzt werden, (öffentliche) Räume müssen neu gedacht werden und Bedarfe  
54 von Schülerinnen und Schülern müssen vorrangig behandelt werden.  
55 Des Weiteren werden wir uns dafür einsetzen, dass die Bereitstellung von  
56 gesundem, nachhaltigem und bezahlbarem Schulessen garantiert ist, die zu einem  
57 guten Ganztagsangebot dazugehört. In Schulen und städtischen Kitas ist immer ein  
58 vegan /vegetarisches Gericht anzubieten.

59 Personalaufgabe Hausmeister\*innen wieder zu den Schulen

60 Täglich fallen in den Schulen kleinere und größere Instandhaltungsaufgaben  
61 an, die von den Hausmeister\*innen bewältigt werden müssen. Der bürokratische Weg  
62 über das GM.HL stellt sich im Schulalltag als kompliziert und langwierig heraus.  
63

64 Für einen effektiven Ablauf und schnelle Kommunikation innerhalb der Schule muss  
65 die Schulleitung einen Überblick über das Arbeitspensum und die  
66 Aufgabenverteilung der zuständigen Hausmeister\*innen haben, damit alle Aufgaben  
67 möglichst effektiv erledigt werden können. Wir fordern daher, den Schulen wieder  
68 feste Hausmeister\*innen zuzuteilen und die Personalaufgabe wieder den  
Schulleitungen zuzuordnen.

69 Demokratiebildung und Antidiskriminierung

70 Schulen sollen Orte der demokratischen Begegnung und Mitbestimmung sein. Das  
71 Vermitteln eines demokratischen Bewusstseins und eine gefestigte demokratische  
72 Sozialisation gehören zu den grundlegenden Bildungsaufträgen von Schulen. Den  
73 Grundstein hierfür wollen wir früh legen und Demokratie erlebbar machen. Wir  
74 fordern deshalb fest verankerte Demokratiebildung und Demokratieförderung ab der  
75 Grundschule.

76 Wir wollen Beteiligungsmöglichkeiten für Schüler\*innen an Schulen ausbauen und  
77 partizipative Projekte fördern. Schulen sollen hierfür ein eigenes Budget  
78 erhalten. Wir begrüßen das Einführen von Klassenräten ab Grundschule und möchten  
79 alle Schulformen ermutigen, weitere Modelle direkter Beteiligung einzuführen.

80 Der Kampf gegen Diskriminierung ist Teil eines demokratischen Miteinanders. So  
81 müssen auch Schulen diese bekämpfen und Wissen über Diskriminierungen  
82 vermitteln. Wir wollen Lehrkräfte und Schulpersonal durch Fortbildungen in ihrer  
83 schulischen Antidiskriminierungsarbeit stärken und handlungsorientierte Projekte  
84 an Schulen fördern. Schüler\*innen sollen so Vertrauen in demokratische  
85 Strukturen gewinnen und sich ihrer Selbstwirksamkeit bewusst werden.

86 Entstigmatisierung von Schulen

87 Der Wohnort oder die Wahl einer bestimmten Schule dürfen keine Nachteile für  
88 junge Menschen ergeben. Die Stadt Lübeck muss neben einer hohen und miteinander  
89 vergleichbaren Lehrqualität der verschiedenen Schulen auch für die  
90 Entstigmatisierung von Schulen sorgen. Unterstützend zu Landesprojekten wie der  
91 PerspektivSchule soll die Kommune durch eine bedarfsgerechte Verteilung von  
92 finanziellen Mitteln für Gerechtigkeit sorgen. Dieses Sozialraum-Budgeting sorgt  
93 für Chancengleichheit und garantiert eine unkomplizierte Verteilung der  
94 Schülerinnen und Schüler auf die Lübecker Schulen, ohne dass jemand dabei auf  
95 Qualität verzichten muss.

96 Grüne Räume im Schulgelände

97 Neben der Sanierung von Schulgebäuden muss auch die nachhaltige Umgestaltung von  
98 schulischen Außenflächen und Schulhöfen an Gewichtung im politischen Handeln

99 gewinnen. Dabei müssen Flächen entsiegelt und durch Begrünung lebhaft gemacht  
100 werden. Schülerinnen und Schüler gewinnen so an aktiv nutzbarem Raum für  
101 Bewegung und Gartenprojekte/Umweltprojekte.

## 102 Digitalisierung zu Ende denken

103 Nur eine digitalisierte Schule ist eine moderne Schule, die den Bedarfen von  
104 Lernenden gerecht werden kann und Vielfalt im Unterrichtskonzept anbietet. Die  
105 Bereitstellung der notwendigen Technik war ein erster und wichtiger Schritt, um  
106 dieses Ziel zu verfolgen. Jedoch fehlt es in den Schulen an zusätzlichen  
107 Fachkräften, die sich um die Instandhaltung der Geräte angemessen kümmern  
108 können. Wir wollen deshalb dafür sorgen, dass jede Schule eine Stelle zur IT-  
109 Instandsetzung und -haltung bekommt.

## 110 Freier Einsatz der Schulbudgets

111 Es ist wichtig und richtig, dass schulische Ausgaben Vorschriften unterliegen,  
112 die die Bereitstellung von Möbeln, Materialien, etc. garantieren. Jedoch werden  
113 wir uns dafür einsetzen, dass Schulbudgets freier eingesetzt werden können. Auch  
114 die Übertragung der finanziellen Mittel ins Folgejahr ist ein sinnvolles Mittel,  
115 um den Schulen Flexibilität und Kreativität zuzusichern. So können  
116 beispielsweise Lehrkräfte Bedarfe für besondere Materialien anmelden, die ihren  
117 Fachunterricht qualitativ aufwerten und den Schülerinnen und Schülern neue  
118 Impulse geben können.

## 119 Gut beraten in der Schule

120 Bildungswege von Schüler\*innen sind individuell und ihre Bedürfnisse  
121 unterschiedlich. Um Schüler\*innen und Eltern bestmöglich bei der Orientierung in  
122 der Lübecker Schullandschaft zu unterstützen und zu begleiten, braucht es eine  
123 zentrale Bildungsberatung. Diese soll dem Bereich Schule und Sport angehören und  
124 eine barrierefreie Anlaufstelle für Schüler\*innen und ihre Eltern sein und deren  
125 Fragen zur Schulwahl, bei Schulwechsel, zur Schullaufbahn und zu  
126 Schulabschlüssen beantworten können. Im Mittelpunkt der Beratung sollen die  
127 individuellen Stärken, Wünsche und Ziele der Schüler\*innen stehen. Die  
128 Bildungsberatung soll hierbei eng mit den Lübecker Schulen und stadtweiten  
129 Kooperationspartnern zusammenarbeiten.

130 Gerade für neu zugezogene Schüler\*innen und Eltern bedeutet eine zentrale  
131 Bildungsberatung eine enorme Erleichterung bei der Schulwahl.

132 Eine zentrale Bildungsberatung leistet einen großen Beitrag zur  
133 Bildungsgerechtigkeit, sie arbeitet niedrigschwellig und unabhängig.

134 Berufliche Orientierung effektiv gestalten

135 Während der Schulzeit an allgemeinbildenden Schulen sollen Schüler\*innen ihre  
136 Stärken und Fertigkeiten erkennen. Sie sollen sich über entsprechende  
137 Ausbildungsmöglichkeiten informieren und sich erfolgreich bewerben.

138 In der Praxis zeigt sich jedoch, dass Lehrkräfte in den wenigen  
139 berufsvorbereitenden Unterrichtseinheiten kaum auf die individuellen Bedürfnisse  
140 der Schüler\*innen eingehen können. Viele Schüler\*innen verlassen die Schule ohne  
141 eine Ausbildung zu beginnen oder einen Freiwilligendienst anzutreten. Für  
142 Schulabgänger\*innen ohne Abschluss und ohne berufliche Orientierung bedeutet  
143 dies oftmals große individuelle Nachteile.

144 Wir fordern einen Ausbau der beruflichen Orientierung an allen  
145 allgemeinbildenden Schulformen. Durch eine verstärkte Zusammenarbeit der Schulen  
146 mit der Jugendberufsagentur wollen wir die Berufsorientierung verbessern,  
147 individuelle Beratung der Schüler\*innen ermöglichen und so den Übergang von  
148 Schule in den Beruf sichern.

149 Große Ausbildungsmessen an dezentralen Orten sind weder niedrigschwellig noch  
150 für alle gut zu erreichen. Stattdessen sollen Informationsveranstaltungen zur  
151 beruflichen Orientierung in den Schulen stattfinden, um möglichst  
152 gleichberechtigt alle Schüler\*innen zu erreichen. Die geladenen Akteur\*innen der  
153 Ausbildungslandschaft sollten breit aufgestellt und vielfältig sein, so dass  
154 sich die Schüler\*innen aller Schulformen einen umfangreichen Überblick über ihre  
155 Möglichkeiten verschaffen können.

156 Wir begrüßen, dass Schulen ihre Projektwochen dem Thema der Berufsorientierung  
157 widmen und befürworten die Zusammenarbeit und den Austausch der  
158 allgemeinbildenden Schulen mit den Berufsschulen. Gegenseitige Besuche und  
159 Einblicke der Schüler\*innen z.B. in die Werkstätten der berufsbildenden Schulen  
160 können wegweisend für eine erfolgreiche Berufsorientierung sein.

161 Weil Sport mehr als nur Gesundheitsförderung ist (Präambel)

162 Für das gesellschaftliche Leben in Lübeck ist der Sport eine wichtige Säule.  
163 Insbesondere Vereine und Verbände sind Orte des Miteinanders und der  
164 Gesundheitsförderung. Sie bieten Raum für Austausch und leisten wertvolle Hilfe  
165 zur Integration und Inklusion. Das breit gefächerte Angebot der Vereine und  
166 Verbände ist zu großen Teilen ehrenamtlich organisiert. Wir möchten Vereine und  
167 Verbände unterstützen und stärken. Zusammen mit allen Akteur\*innen wollen wir in  
168 Lübeck eine vielfältige und integrative Sportkultur schaffen. Zudem wollen wir  
169 weiterhin an der Umsetzung des Sportentwicklungsplans arbeiten und ausreichend  
170 Personalstellen für die Planung, Fördermittelbeschaffung und bauliche Umsetzung  
171

der Projekte bereitstellen.

172 Niedrigschwelliges Sportangebot

173 Die Vereine und Verbände der Lübecker Sportlandschaft leisten einen wichtigen  
174 Beitrag zum gesellschaftlichen Leben. Wir möchten das vielfältige Angebot  
175 stärker bekannt machen, um möglichst vielen Bürger\*innen die Teilhabe zu  
176 ermöglichen.

177 Verbände und Vereine und alle weiteren Akteur\*innen sollen sich vorstellen  
178 können und Bürger\*innen, Eltern und Kinder sollen sich unverbindlich,  
179 niedrigschwellig und vielfältig informieren können. Wir möchten daher  
180 Veranstaltungen rund um die Sportmöglichkeiten in Lübeck, wie z.B. Sport im  
181 Park, fördern.

182 Viele Schulen ermöglichen ihren Schüler\*innen durch Kooperationen mit  
183 außerschulischen Sportangeboten das Kennenlernen vielfältiger Sportangebote. Wir  
184 begrüßen dies und möchten solche Kooperationen fördern und weitere Schulen  
185 hierzu ermutigen.

186 Sportbegeisterte Bürger\*innen wünschen jedoch nicht immer die Mitgliedschaft in  
187 einem Verein oder Verband. Die Gründe hierfür sind vielfältig. Wir fordern daher  
188 den Ausbau von öffentlichen und niedrigschwelligeren Fitness- und  
189 Gesundheitsangeboten im Stadtgebiet. Fitness-Stationen sollen möglichst  
190 barrierearm sein und sollen inklusive Elemente enthalten. Diese Angebote  
191 schaffen Begegnungsstätten und fördern das gesellschaftliche Miteinander sowie  
192 die Gesundheit.

193 Wir sprechen uns außerdem für das Errichten von Streetmekkas aus, die neben  
194 Sport-, und Kulturzentren insbesondere Begegnungsstätten darstellen. Besonders  
195 für die Stadtteile Buntekuh, St. Lorenz Nord und Süd, Holstentor Nord und  
196 Moisling wirken diese aufwertend und bereichernd.

197 E-Sport bietet Chancen für Inklusion und Integration. Wir wollen den E-Sport in  
198 der Hansestadt etablieren, fördern und voranbringen.

200 Schwimmsport stärken

201 Ob Trave, Wakenitz, Kanal oder Ostsee - Lübeck ist von Wasser umgeben. Die  
202 Schwimmstätten sind vielfältig: Schwimmhallen, Freibäder, Flussbäder und  
203 Strände.

204 Die Schwimmfähigkeit hat in Lübeck nicht nur unter sportlichen Gesichtspunkten  
205 einen hohen Stellenwert, sie bietet auch Sicherheit, beugt Unfällen vor und kann

206 Leben retten.

207 Unser gesellschaftliches Ziel muss daher sein, dass Bürger\*innen und Kinder das  
208 Schwimmen erlernen können oder müssen. Wir wollen die Angebote zum Erlernen der  
209 Schwimmfähigkeit von Kindern und Erwachsenen, sowie die Wassergewöhnung in  
210 Kindertagesstätten ausbauen und verstetigen.

211 Gemeinsam mit allen Akteur\*innen, den Schulen und dem Bereich Schule und Sport  
212 möchten wir Lösungen für lange Wartelisten, Personalmangel und begrenzte  
213 Kapazitäten finden. Mögliche Optionen können zusätzliche Stunden für den  
214 schulischen Schwimmunterricht, der verstärkte Schwimmunterricht in den  
215 Freibädern und Flussbädern im Sommer oder das Nutzen von externen Angeboten wie  
216 z.B. dem Schwimm-Mobil der DLRG sein.

217 Mädchen und Frauen im Sport stärken

218 Mädchen und Frauen\* sind in vielen Bereichen des Sports, in Vereinen und  
219 Verbänden weiterhin unterrepräsentiert. Sei es als Übungsleiterinnen,  
220 Schiedsrichterinnen, Kampfleiterinnen und Leitungstätigkeiten oder in bestimmten  
221 Sportarten. Wir wollen das gesellschaftliche Ziel der Gleichstellung auch im  
222 Sport voranbringen. Wir möchten Projekte, Maßnahmen und Initiativen von Vereinen  
223 und Verbänden fördern, die im besonderen Maße die Stärkung von Mädchen und  
224 Frauen\* zum Ziel haben und die die Vielfalt ihres Sportangebots unter der  
225 Berücksichtigung der Zielgruppe Mädchen und Frauen\* gestalten. Hierfür fordern  
226 wir ein Gender Budgeting für den Bereich Sport. Dieses soll sicherstellen, dass  
227 finanzielle Mittel bedarfsgerecht und geschlechtergerecht verteilt werden.

228 Sportanlagen ausbauen mit Nachhaltigkeitskriterien

229 Ein Grüner Grundsatz ist die Ermöglichung von Teilhabe für alle Menschen.  
230 Deshalb fordern wir einen Kriterienkatalog, der zukünftig erfüllt werden muss,  
231 wenn eine bestehende Sportanlagen baulich erweitert oder eine neue Anlage gebaut  
232 werden soll. Die Voraussetzungen sollen barrierearme Angebote inkludieren und  
233 Barrierefreiheit im Gebäude/in der Anlage garantieren. Um negative Einwirkungen  
234 auf die Umwelt durch den (Neu)bau zu reduzieren, soll der Katalog zusätzlich  
235 Nachhaltigkeitskriterien aufführen.

## A8NEU10 3. Stadtentwicklung & Verkehr

Gremium: KMV

Beschlussdatum: 26.11.2022

Tagesordnungspunkt: 1.4. Kapitel 2 - Stadtentwicklung & Verkehr

### Text

## 1 Stadtentwicklung und Verkehr

### 2 Stadtentwicklung

3 Für uns ist es wichtig, dass sich eine nachhaltige Stadtentwicklung an den  
4 Bedürfnissen von Einwohner\*innen und Aufenthaltsqualität orientiert, auf neue  
5 Flächenversiegelungen verzichtet und ökologische Bauweisen konsequent einsetzt.

6 Wir wollen in der Stadtentwicklung neue Wege gehen. Nach Jahrzehnten, in denen  
7 das Leitbild der autogerechten Stadt die Planung bestimmt hat, setzen wir in  
8 Zukunft auf eine Stadtentwicklung, die die Bedürfnisse der Bürger\*innen nach  
9 Lebens- und Aufenthaltsqualität in den Mittelpunkt stellt, dafür die benötigten  
10 Räume schafft und Mobilität integriert denkt.

11 In diesem Sinn wünschen wir uns gemischte Quartiere mit Wohnen, Arbeiten,  
12 Einkaufen und Kultur- und Sportangeboten, die Verkehr durch kurze Wege  
13 reduzieren. Dazu gehört auch der Zugang zu Grünflächen für möglichst viele  
14 Lübecker\*innen mit wenigen Minuten Fußweg.

15 Der Lübecker Wohnungsmarkt ist sehr angespannt, vor allem mehr bezahlbarer  
16 Wohnraum sowie Sozialwohnungen werden dringend benötigt. Wohnen ist aktuell die  
17 zentrale soziale Frage der Stadt. Wir werden daher dafür sorgen, dass in Lübeck  
18 in den kommenden Jahren der Wohnraum geschaffen wird, den wir zur Deckung des  
19 Bedarfs benötigen. Da uns kommunal kaum Instrumente der Mietregulierung zur  
20 Verfügung stehen, ist die Schaffung von Wohnraum der wichtigste Weg, um  
21 nachhaltig für Entspannung auf dem Wohnungsmarkt zu sorgen.

### 22 Leitlinien der Stadtplanung

23 Wir wollen in Lübeck so viele Lebens- und Naturräume sowie landwirtschaftliche  
24 Flächen bewahren wie möglich und den Flächenverbrauch auf das Nötigste

25 beschränken. Unser Ziel ist es, den benötigten Wohnraum vollständig ohne  
26 Neuversiegelung von Flächen im Außenbereich zu schaffen. Stattdessen nutzen wir  
27 konsequent die vorhandenen Potentiale durch Nachverdichtung und Nutzung von  
28 Leerstand in der Stadt. Hierzu zählen vor allem brachliegende Flächen,  
29 Baulücken, ehemalige Gewerbegebiete und Leerstand in ehemaligen  
30 Einzelhandelsflächen in den Obergeschossen in der Innenstadt. Zur besseren  
31 Erschließung dieser Potentiale wollen wir ein Leerstandskataster, ein  
32 Aufstockungs- und ein Flächenmanagementkataster veröffentlichen und regelmäßig  
33 aktualisieren.

34

35 Zudem wollen wir die knappen Flächen möglichst effizient zur Schaffung neuen  
36 Wohnraums nutzen und uns dabei auf Geschosswohnungsbau und Reihenhäuser  
37 fokussieren. Neue Baugebiete mit freistehenden Einfamilienhäusern sehen wir  
38 hinsichtlich ihres Flächenverbrauchs kritisch. Wir unterstützen stattdessen  
39 Nachverdichtung in den bestehenden Siedlungen. Zudem erleben wir in Lübeck  
40 gerade - auch ausweislich des Wohnungsmarktberichtes der Verwaltung - einen  
41 Generationenwechsel, durch den viele bestehende Einfamilienhäuser auf den Markt  
42 kommen und für Suchende in diesem Segment ausreichend viele Gelegenheiten  
43 bieten.

44 Auch in der Planung neuer Wohngebiete wollen wir die Voraussetzungen schaffen,  
45 um motorisierten Individualverkehr zu reduzieren. Hierzu zählen eine gute  
46 Anbindung an den ÖPNV und den Umweltverbund und eine Überarbeitung der  
47 Stellplatzverordnung. Während wir feste Vorgaben für Carsharing, E-Ladestationen  
48 und überdachte Fahrrad- und Lastenrad-Stellplätze vorsehen, wollen wir die  
49 Vorgaben für PKW-Stellplätze je Wohneinheit sukzessive reduzieren, auch um  
50 Baukosten und damit Miethöhen zu reduzieren. Stellplätze wollen wir bevorzugt am  
51 Rand der neuen Quartiere ansiedeln, um innerhalb der Siedlungen Platz und  
52 Aufenthaltsräume zu schaffen.

53 In der stadtplanerischen und architektonischen Gestaltung von neuen und  
54 bestehenden Quartieren gilt für uns die Devise "Qualität vor Quantität". Den  
55 Welterbe- und Gestaltungsbeirat wollen wir daher erhalten, dieser sorgt für  
56 verbesserte Architektur und Baukultur. Essentiell ist für uns auch eine aktive  
57 und zielgerichtete Beteiligung der Bürger\*innen, zum Beispiel in Form von  
58 Workshops für quartiersbezogene Rahmenentwicklungspläne.

59

## Städtische Flächen und Erbbau

60 Wir wollen auch langfristig die Lübecker Stadtentwicklung bestmöglich gestalten  
61 können und halten kommunales Flächeneigentum für ein wichtiges Instrument, um  
62 eine aktive Wohnungs-, Wirtschaft- und Ansiedlungspolitik betreiben zu können.  
63 Daher wollen wir den Verkauf von städtischen Flächen deutlich reduzieren und  
64 langfristig ganz einstellen. Stattdessen wollen wir zunehmend dazu übergehen,  
65 Wohn- und Gewerbeflächen in städtischem Eigentum zu belassen und sie nur

66 zeitweise Privaten zur Nutzung zu überlassen, etwa im Erbbau.

67  
68 Lübeck ist die Kommune in Deutschland mit den meisten im Erbbau herausgegebenen  
69 Grundstücken. Aus unserer Sicht ist Erbbau ein sehr sinnvolles Instrument, um  
70 auch Menschen Wohneigentum zu ermöglichen, deren Finanzierungsmöglichkeiten  
71 gerade in den frühen Phasen der Familiengründung begrenzt sind. Daher wollen wir  
72 bestehende Erbbaugrundstücke langfristig erhalten und in Zukunft nicht mehr  
73 verkaufen. Die Konditionen für die Verlängerung von bestehenden und die  
74 Herausgabe neuer Erbbauverträge wollen wir so anpassen, dass sie den sozialen  
75 und wohnungspolitischen Zielen des Erbbaurechts auch in Phasen niedriger Zinsen  
76 entsprechen.

77 Wir befürworten eine aktive Baulandentwicklung und Bodenbevorratungspolitik in  
78 Lübeck. Dabei werden primär Flächen entwickelt, die schon im Eigentum der  
79 Hansestadt sind. Bei Neuentwicklungen im Außenbereich soll eine Entwicklung nur  
80 möglich sein, wenn mindestens 50% des Landes im Zwischenerwerb an die Stadt  
81 veräußert werden.

## 82 **Wohnen**

83 Die in Lübeck herrschende Wohnungsknappheit und der Mietendruck lassen sich  
84 langfristig nur durch die Schaffung von ausreichend neuem Wohnraum beheben.  
85 Daher ist es unser Ziel, in den kommenden Jahren diesen Bedarf durch ausreichend  
86 Neubau zu decken, wobei wir uns für die Höhe des Bedarfs an den jeweils  
87 aktuellen Schätzungen des Wohnungsmarktberichtes orientieren. Entsprechend  
88 wollen wir über die aktuell geplanten 5.000 neuen Wohneinheiten weitere 1.800  
89 Wohneinheiten bis 2030 schaffen und entsprechende Wohngebiete im neuen  
90 Flächennutzungsplan ausweisen.

91 Wir werden darauf hinwirken, dass dabei ausreichend Wohneinheiten in dem  
92 besonders angespannten Wohnungsmarktsegment mit bezahlbaren 1-2 Zimmer-Wohnungen  
93 - auch für Studierende - geschaffen werden. Wichtig ist uns, dass wir eine gute  
94 Durchmischung von Wohnraum aller Preisklassen in jedem Stadtteil erreichen.

95 Das Angebot an Wohnraum lässt sich auch verbessern, indem bestehende Flächen  
96 effizienter genutzt werden. Um dies zu erreichen, wollen wir gezielte Angebote  
97 schaffen für Senior\*innen, die im Alter nicht mehr in ihren zu groß, leer und  
98 aufwendig gewordenen Häusern leben möchten, sondern sich passgenauere Wohnformen  
99 wünschen, wie etwa Mehrgenerationenhäuser oder Senior\*innenwohnungen und -WGs.

100 Besonders beunruhigend ist in Lübeck die verfügbare Anzahl an Sozialwohnungen.  
101 Während Sozialverbände für eine Stadt mit der Größe Lübecks rund 12.000  
102 Sozialwohnungen empfehlen, gibt es aktuell in Lübeck nur rund 8.000, die mittel-  
103 und langfristig stark sinken werden, da mehr Wohnungen aus der Sozialbindung

104 herausfallen werden als neue Sozialwohnungen gebaut werden können. Wir streben  
105 deshalb an, den Bestand bis 2025 auf permanent 12.000 Sozialwohnungen zu  
106 steigern, indem Belegungsrechte neu erworben werden, auch unter Nutzung dafür  
107 vorgesehener Programme der Investitionsbank Schleswig-Holstein. Außerdem wollen  
108 wir zusätzliche Sozialwohnungen im mittleren Preissegment (8-10 €/m<sup>2</sup>) schaffen,  
109 gefördert durch den sogenannten zweiten Förderweg.

110  
111 Für den Neubau sehen wir klimaneutrale Bauweisen und eine klimaneutrale Energie-  
112 und Wärmeversorgung vor. Um das Ziel der Klimaneutralität schnellstmöglich zu  
113 erreichen, ist es deutlich sinnvoller, klimaneutrale Wärmequellen und eine  
114 entsprechende Dämmung jetzt schon in Neubauten einzubauen als diese dann in ein  
115 paar Jahren sehr viel teurer um- und nachrüsten zu müssen. Klimaneutrale  
116 Bauweisen erfordern den Aufbau von Qualifikationen und Kompetenzen in der  
117 Verwaltung und die Erarbeitung von Planungs-, Material- und  
118 Ausschreibungsstandards. Durch Solar- und Gründachsatzzungen und entsprechende  
119 Vorgaben in Bebauungsplänen kann eine klimaneutrale, bauliche Entwicklung  
120 sinnvoll ergänzt werden.

## 121 **Sanierung**

122 Die Sanierung des Gebäudebestandes und deren klimaneutrale Versorgung mit Wärme  
123 ist eine der zentralen Herausforderungen beim Klimaschutz. Und auch eine, die  
124 erheblich durch lokales Handeln vor Ort entschieden wird.

125  
126 Um energetische Sanierungen zu fördern und zu finanzieren, wollen wir neue  
127 Sanierungsgebiete einrichten, insbesondere dort, wo viel sanierungsbedürftiger  
128 Altbestand vorhanden ist, wie z.B. in Marli, Moisling und Schlutup. In den  
129 ausgewiesenen Sanierungsgebieten soll es lokal zugeschnittene Vorgaben  
130 energetischer Mindeststandards geben, die für die finanzielle Förderung  
131 einzuhalten sind.

132  
133 Darüber hinaus wollen wir Sanierungskonzepte mit Beratung und Förderung von  
134 sanierungsbedürftigen Häusern und Gebäudetypen mit flexibler Nutzung für  
135 Privatnutzung und Vermietung auch außerhalb der Sanierungsgebiete erstellen, wie  
136 beispielsweise für Gründerzeithäuser oder Siedlungshäuser in den klassischen  
137 Siedlungsgebieten der Stadt. Besondere technische und finanzielle  
138 Herausforderungen stellen sich bei der Sanierung von Denkmälern. Aus diesem  
139 Grund wollen wir hierfür bessere Informationsangebote bereitstellen und  
140 Möglichkeiten zur Förderung aus kommunalen Mitteln entwickeln.

141 Kommunen haben in unseren Augen eine Vorbildfunktion beim Klimaschutz, so dass  
142 wir uns in Lübeck bei der energetischen Sanierung der städtischen Liegenschaften  
143 ein Beispiel an den sehr viel umfangreicheren Anstrengungen des Landes nehmen  
144 wollen. Wir werden uns für ein deutlich höheres Sanierungstempo mit zusätzlichen  
145 Investitionen einsetzen, das darauf ausgerichtet ist, auch in diesem Bereich die

146 Lübecker Klimaziele zu erreichen. Entsprechend wollen wir auch bei städtischen  
147 Gebäuden auf den Einbau von fossilen Heizungen verzichten.

## 148 **Verkehr**

149 Unsere Verkehrspolitik orientiert sich sowohl am Leitbild einer klimaneutralen  
150 und sozialgerechten Verkehrswende als auch an der Steigerung der Lebens- und  
151 Aufenthaltsqualität. Wir wollen klimaneutrale Mobilitätsformen fördern und  
152 klimaschädliche Investitionen sukzessive auf Null reduzieren. Wir werden uns  
153 auch weiterhin dafür einsetzen, dass wir als Kommune die Möglichkeit bekommen,  
154 Tempo 30 Zonen ausweiten zu können.

155 Wir streben in Anlehnung an das Stadtentwicklungsszenario D höhere Anteile für  
156 den Umweltverbund (ÖPNV, Fahrrad, Fuß) an, als aktuell den verkehrlichen  
157 Planungen in Lübeck zugrunde liegt. Entsprechend müssen die Anstrengungen gerade  
158 beim Ausbau des ÖPNV, der Fußwege und der Fahrradinfrastruktur deutlich erhöht  
159 und gegenüber Investitionen für den motorisierten Individualverkehr priorisiert  
160 werden.

161

162

## **ÖPNV**

163 Der wichtigste Ansatzpunkt zur Verbesserung des Stadtverkehrs Lübeck betrifft  
164 die Verbesserung des Angebotes, also die Ausweitung und Optimierung des  
165 Liniennetzes, und eine deutliche Verbesserung der Taktfrequenz durch einen 10-  
166 Minuten-Takt auf den Hauptachsen und Taktverbesserungen abends und am  
167 Wochenende. Gerade das nächtliche ÖPNV-Angebot wollen wir maßgeblich,  
168 insbesondere am Wochenende, verbessern. Wir wünschen uns eine verbesserte  
169 Abstimmung der Linien in einem sogenannten Integralen Taktfahrplan (ITF) und die  
170 Einführung von weiteren Radiallinien als Ergänzung zum sternförmigen Netz mit  
171 der Innenstadt im Zentrum.

172

173 Daneben werden wir uns auch weiterhin für attraktive Preise einsetzen. Nachdem  
174 bereits in den Außenbezirken die Preise deutlich reduziert wurden, fordern wir  
175 dasselbe auch für die inneren Bezirke. Als Ergänzung wünschen wir uns einen  
176 digitalen Tarif, der App- und GPS-basiert sehr komfortabel den Preis gemäß der  
177 tatsächlich gefahrenen Luftlinienentfernung berechnet. Langfristig wünschen wir  
178 uns einen umlagefinanzierten ÖPNV. Wir begrüßen in diesem Zusammenhang einen  
179 umlagefinanzierten ÖPNV für Tourist\*innen ("Unbeschwert unterwegs") und fordern  
180 eine Ausweitung auf das Lübecker Stadtgebiet. Das bundesweite 49€-Ticket ist ein  
181 wichtiger Schritt, der den Diskurs zur Umlagefinanzierung vorangebracht hat und  
182 das Tarifsystem für Vielfahrer\*innen deutlich vereinfacht und vergünstigt.

183 Eine deutliche Aufwertung des ÖPNV erwarten wir auch durch die Ausweitung des

184 Angebote in den Nachtstunden und Außenbezirken durch mehr an schlussorientierten  
185 On-Demand-Verkehr und die Umsetzung von Busbeschleunigungsmaßnahmen durch z.B.  
186 Optimierung der Ampelanlagen, zusätzliche Busspuren und den Umbau von  
187 Busbuchen. Ebenso wollen wir die Vernetzung zwischen den verschiedenen  
188 Verkehrsmitteln (Fahrrad/Carsharing/Fußverkehr/Bus/Bahn) vor allem an den  
189 bestehenden Bahnhaltestellen und wichtigen Busknotenpunkten optimieren und die  
190 Fahrpläne besser aufeinander abstimmen.

191  
192 Des Weiteren führen E-Scooter immer wieder zu Unmut bei Fußgänger\*innen und  
193 Radfahrer\*innen. Auch aus der Perspektive der Barrierefreiheit sind sie höchst  
194 problematisch. Deshalb fordern wir eine Neuorganisation von E-Scootern im  
195 öffentlichen Raum durch klare Regelungen, wie etwa die Ausweisung von  
196 Abstellzonen.

197 Wir stehen der Wiedererrichtung einer Straßenbahn in Lübeck grundsätzlich sehr  
198 positiv gegenüber und sehen hier viele potentielle Vorteile. Entsprechend sind  
199 wir gespannt auf die Ergebnisse der Potentialanalyse und machen unsere  
200 Unterstützung von deren Ergebnissen und Fakten abhängig.

## 201 **Fahrradverkehr**

202 Ausbau und Verbesserung der Fahrradinfrastruktur ist nach seit Jahren  
203 anhaltendem Stillstand ein Schwerpunkt unserer politischen Arbeit. Um Lübecks  
204 Rückstand gegenüber vielen vergleichbaren Städten aufzuholen, wollen wir eine  
205 Investitionsoffensive für Neu- und Umbau von Radwegen, beginnend bei den  
206 zentralen Fahrradachsen, umsetzen. So sollen die Radwege mindestens den ERA-  
207 Standard erreichen. Dies beinhaltet, wo dies sinnvoll und angebracht ist, die  
208 Überplanung des gesamten Straßenraums, insbesondere des ruhenden und fahrenden  
209 Autoverkehrs, um den notwendigen Platz für den Fahrradverkehr zu schaffen. Unser  
210 Ziel dafür ist es, die Kapazitäten so aufzubauen, dass wir imstande sind,  
211 mindestens 20 Kilometer Fahrradwege pro Jahr durch Neubau und Sanierung in den  
212 ERA Standard zu bringen.

213 Zusätzlich werden wir einen sicherheitsorientierten Umbau der kritischen  
214 Verkehrsknotenpunkte und Unfallschwerpunkte für Fahrradfahrer\*innen anstoßen,  
215 wie etwa den Lindenplatz, Mühlentorteller oder Gustav-Radbruch-Platz. Die nach  
216 Jahren des Verfalls jüngst gestartete Sanierung der bestehenden Radinfrastruktur  
217 wollen wir ausweiten und beschleunigen.

218 Für eine ganzjährig und ganztägig sichere Fahrt, müssen Reinigung und  
219 Winterdienst für Radwege verbessert werden.

220 Die Stellflächen für Fahrräder und Lastenräder im öffentlichen Raum wollen wir  
221 deutlich ausbauen und um überdachte Stellflächen und Fahrradparkhäuser ergänzen.

222 Um den Fahrradverkehr zu fördern, wollen wir außerdem ein Fahrradverleihsystem

224 in Lübeck einführen. Um die Fehler der E-Scooter-Verleihsysteme nicht zu  
225 wiederholen, setzen wir uns für eine kluge Regulierung ein und unterstützen  
226 dafür auch eine Förderung aus dem städtischen Haushalt.

227 Kleingewerbe und Familien wollen wir durch Einrichtung eines Förderprogrammes  
228 für Lastenräder unterstützen.

## 229 **Fußverkehr**

230 Investitionen zur Sanierung und Schaffung eines durchgehend barrierefreien  
231 Fußwegenetzes sind uns ein zentrales Anliegen und unentbehrlich für Mobilität  
232 und Teilhabe von Kindern und Bevölkerungsgruppen, deren Beweglichkeit ohnehin  
233 schon eingeschränkt ist. Dazu zählen auch sichere Querungsmöglichkeiten sowie  
234 sogenannte Gehwegnasen, die es Fußgänger\*innen baulich ermöglichen, an parkenden  
235 Autos vorbei den Verkehr einzusehen, bevor sie die Straße überqueren.  
236

237 Zum Schutz von Fußgänger\*innen setzen wir uns unter anderem für bauliche  
238 Lösungen ein, etwa bauliche Trennungen von Rad- und Fußwegen oder einen Streifen  
239 geschnittenes Pflaster in Kopfsteinpflasterstraßen, damit es dort keinen Grund  
240 für Fahrradfahrer\*innen gibt, auf dem Gehweg zu fahren. Wir wünschen uns aber  
241 auch eine Informations- und Öffentlichkeitskampagne für ein rücksichtsvolles  
242 Miteinander, auch in verkehrsberuhigten und Spielstraßen.

## 243 **Carsharing**

244 Carsharing ist ein bedeutender Ansatzpunkt zur Reduzierung des stehenden  
245 motorisierten Individualverkehrs, denn ein Carsharing-Fahrzeug ersetzt im  
246 Durchschnitt acht private PKWs. Wir wollen daher das Carsharing-Angebot durch  
247 das Bereitstellen von deutlich mehr und attraktiven Stellplätzen konsequent  
248 erhöhen. Dazu zählt auch die Umwidmung von öffentlichen Parkplätzen in  
249 Carsharing-Parkplätze und die sukzessive Ausstattung der Carsharing-Plätze mit  
250 E-Ladesäulen.

## 251 252 **Motorisierter Individualverkehr**

253 Wir freuen uns sehr, dass die Bürgerschaft in der vergangenen Periode einstimmig  
254 den "Rahmenplan Innenstadt" verabschiedet hat, der - mit umfangreicher  
255 Bürger\*innenbeteiligung erarbeitet - sehr viele Verbesserungen für die Lebens-  
256 und Aufenthaltsqualität in der Altstadt vorsieht, unter anderem durch  
257 Unterbindung des reinen Durchgangsverkehrs. In der Beckergrube ist diese  
258 Neuregelung bereits umgesetzt und ein Wettbewerb für deren Neugestaltung  
259 durchgeführt worden. Wir werden uns dafür einsetzen, das Umsetzungstempo zu

260 erhöhen und Durchgangsverkehre auch an anderen Stellen der Innenstadt zu  
261 unterbinden. Eine mittelalterliche Innenstadtinsel und Welterbe sollte nicht als  
262 Abkürzungsstrecke zweckentfremdet werden.

263 Im Rahmenplan Innenstadt ist auch eine stetige Verringerung von Parkplätzen in  
264 der Innenstadt enthalten. Wir wollen diese Reduzierung fortführen. Außerhalb der  
265 Innenstadt setzen wir uns für die Einführung von Anwohnerparkzonen ein, wo  
266 Parkraum besonders knapp ist, wie etwa rund um den Hauptbahnhof. Im Gegensatz zu  
267 vergleichbaren Städten sind Parkgebühren in Lübeck noch sehr niedrig, so dass  
268 wir Erhöhungen nutzen werden, um Klimaschutzmaßnahmen zu finanzieren.  
269

270 Den Bau von unwirtschaftlichen Parkhäusern durch die KWL sehen wir sehr kritisch  
271 und werden diese nur dann unterstützen, wenn diese Verkehre aus den Zentren  
272 ziehen und als Mobilitätshub zum Umsteigen auf andere Mobilitäten dienen.  
273 Insbesondere in Travemünde, hier gibt es bereits ca. 2.800 Parkplätze für  
274 Tagesgäste, so dass ein Parkhaus dort nur an wenigen Tagen im Jahr ausgelastet  
275 und damit sehr unwirtschaftlich wäre.  
276

277  
278  
279 Neben der Schaffung von Anreizen zum Umstieg auf den Umweltverbund durch Push-  
280 und Pull-Maßnahmen, spielt auch die Umstellung auf E-Autos eine wichtige Rolle  
281 bei der Reduzierung von CO2-Emissionen.  
282 Um auch Lübecker\*innen ohne eigenen Parkplatz den Besitz eines elektrischen PKWs  
283 zu ermöglichen, werden wir sicherstellen, dass im öffentlichen Raum in Lübeck  
284 flächendeckend und ausreichend E-Ladesäulen vorhanden sind.

## A9NEU 9. Entsorgung & Recycling

Gremium: KMV

Beschlussdatum: 26.11.2022

Tagesordnungspunkt: 1.10. Kapitel 8 - Entsorgung & Recycling

### Text

1 Müll - woraus, woher, wohin

2 Müll jeglicher Art stört im Stadtbild und stellt eine Gefahr für die Umwelt und  
3 für die Menschen dar, beispielsweise gelangt über den Boden auch Mikroplastik in  
4 unser Grundwasser, das für uns im Norden die wichtigste Trinkwasserquelle ist.  
5 Müllvermeidung ist der beste Weg zu einer sauberer Stadt und einer gesunden  
6 Umwelt. Dies wird von privaten Haushalten seit langem immer wieder gefordert.  
7 Wir wollen, dass auch die Stadtverwaltung mit gutem Beispiel vorangeht und bei  
8 der Beschaffung von Gütern/Bedarfen auf die Vermeidung von unnötigem Müll  
9 achtet. Dafür muss die Priorität bei der Kaufentscheidung auf Mehrweggütern und  
10 recycelten Produkten liegen. Bequemlichkeit darf kein Argument sein, um das  
11 Neukaufen dem Aufwerten eines bestehenden Produkts vorzuziehen.

12 Müll jeglicher Art stört im Stadtbild und kann eine Gefahr für die Umwelt und  
13 für die Menschen darstellen. Beispielsweise kann Mikroplastik aus nicht  
14 ordnungsgemäß entsorgtem Müll über den Boden in das Grundwasser und damit auch  
15 in unser Trinkwasser gelangen. Viele Rückstände von in der Umwelt abgeladenen  
16 Müll sind gesundheitsgefährdend für Mensch und Tier.

17 Wir werden dafür sorgen, dass die Potenziale der Stadtverwaltung und deren  
18 Einrichtungen für Müllvermeidung und Recycling systematisch erfasst und  
19 umgesetzt werden.

20 Müllvermeidung und Umweltschutz sind eine Gemeinschaftsaufgabe

21 Als GRÜNE unterstützen wir gesellschaftliche Initiativen und Aktivitäten, die  
22 sich damit auseinandersetzen. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass das  
23 bürgerliche Engagement im Umweltschutz und in der Umweltbildung weiterhin  
24 gestärkt und gefördert wird. Dazu zählt unter anderem die organisatorische und  
25 materielle Unterstützung von Aktionen, die der Vermüllung der Umwelt  
26 entgegentreten, wie zum Beispiel öffentliche Müllsammelaktionen. Gerade in  
27 Gewässernähe hat eine Vermüllung der Umwelt sehr negative Auswirkungen, die zum

28 Beispiel durch die Schadstoffe von Zigarettenstummel bewirkt werden. Wir fordern  
29 eine langfristige Strategie gegen dieses Problem, welche die Bürger\*innen, die  
30 Verwaltung und die Entsorgungsbetriebe mit einbezieht.

31 Gleichzeitig sind wir davon überzeugt, dass Geschäfte und Unternehmen ebenfalls  
32 ihre Rolle beim Thema Entsorgung einnehmen müssen und stützen deshalb das  
33 Verursachungsprinzip. Demnach muss sich der Einzelhandel beispielsweise  
34 finanziell an der Müllentsorgung beteiligen, wenn der Müll im Umfeld  
35 hauptsächlich aus den eigenen Produktresten besteht. Auch für Veranstaltungen,  
36 insbesondere im Außenbereich, muss dieses Prinzip gelten.

37 Müllvermeidung fängt beim nachhaltigem Einkauf an

38 Digitalisierte und umweltverträgliche städtische Betriebe

39 Wir wollen, dass auch die Stadtverwaltung mit gutem Beispiel vorangeht und bei  
40 der Beschaffung von Gütern und Bedarfen auf die Vermeidung von unnötigem Müll  
41 achtet. Dafür muss die Priorität bei der Kaufentscheidung auf Mehrweggütern und  
42 recycelten Produkten liegen. Bequemlichkeit darf kein Argument sein, um das  
43 Neukaufen dem Aufwerten eines bestehenden Produkts vorzuziehen.

44 Wir werden dafür sorgen, dass die Potenziale der Stadtverwaltung und deren  
45 Einrichtungen für Müllvermeidung und Recycling systematisch erfasst und  
46 umgesetzt werden.

47 Unsere städtischen Entsorgungsbetriebe

48 Die städtischen Entsorgungsbetriebe leisten einen wesentlichen positiven Beitrag  
49 zur Klimabilanz Lübecks. Dies gilt es auch weiterhin zu fördern und entspricht  
50 dem notwendigen politischen Handeln für die nächsten Jahre. Die städtischen  
51 Betriebe umfassen viele Arbeitsorte, an denen zahlreiche Fachkräfte arbeiten.  
52 Diese verdienen zeitgemäße Arbeitsbedingungen und Wertschätzung.  
53 Bessere Effektivität im internen Austausch und in den bürger\*innenbezogenen  
54 Prozessen wird beispielsweise durch eine schnelle und umfassende Digitalisierung  
55 garantiert.

56 Wir unterstützen die Betriebe zudem auf ihrem Weg, die Nachhaltigkeit ihres  
57 Anlagen- und Fahrzeugbetriebs voranzubringen. Beispielsweise fördern wir die  
58 Nutzung regenerativer Antriebsenergien und den Bau energetisch effizienterer  
59 Anlagen, denn: Müllwirtschaft und Stadtentwässerung sind aktiver Umwelt- und  
60 Gewässerschutz!

61 Weitsicht und Nachhaltigkeit

62 Umwelt- und Gewässerschutz erfordern eine zielorientierte Kooperation  
63 öffentlicher und privater Initiativen. Dabei kommt es leider zu Hindernissen,  
64 die die Umwelt belasten. Beispielsweise wird Müll illegal abgeladen. Wir  
65 fordern, dass diese Hinderungen am aktiven Umweltschutz systematisch aufgedeckt  
66 und wo möglich beseitigt werden.

67 Auch im Hinblick auf die Ausgestaltung der Mülldeponie in den nächsten Jahren  
68 müssen Umweltkriterien mitgedacht werden. Wir fordern grundsätzlich eine  
69 weitsichtige Planung, wenn es um die sichere Deponierung des in Lübeck  
70 anfallenden Mülls geht. Wir erwarten unverzüglich den Beginn der Standortsuche  
71 für eine Sondermülldeponie, die die Deponie Schönberg/ Ihlenberg ab  
72 voraussichtlich. 2030 ersetzen kann. Dies haben die norddeutschen Bundesländer,  
73 auch Schleswig-Holstein, zugesagt, bisher aber keine Aktivitäten für ein  
74 Standortsuchverfahren ergriffen.

## **A10NEU 10. Sicherheit & Ordnung**

Gremium: KMV

Beschlussdatum: 26.11.2022

Tagesordnungspunkt: 1.11. Kapitel 9 - Sicherheit & Ordnung

### **Text**

1 Sicherheit und Ordnung

2 Wir begleiten die Sicherheitspartnerschaft zwischen der Stadt Lübeck und der  
3 Polizei aktiv. Die neu entstehende Begegnungsstätte für Menschen mit  
4 Suchterkrankungen an der Marienbrücke ist ein erster wichtiger Baustein. Wir  
5 erwarten eine dauerhafte Entlastung von Polizei und Ordnungsdienst.

6 Für die Berufs- und Freiwilligen Feuerwehren setzen wir das  
7 Wirtschaftlichkeitsgutachten kontinuierlich um.

8 Wir unterstützen die Umsetzung einer kooperativen Leitstelle von  
9 Rettungsdiensten, Feuerwehr und Polizei.

10 Im Zuge der Digitalisierung verändert sich der direkte Kontakt zwischen Behörden  
11 und Bürger\*innen. Wir möchten den digitalen Service gerade im Bereich der  
12 Bürgerbüros erweitern und so Bürger\*innen und Verwaltung entlasten. Service und  
13 Informationen müssen weiter zugänglich sein für Bürger\*innen, die digitale  
14 Angebote nicht nutzen können oder möchten.

15 Bürgerbüros sind für Neuzugezogene wichtige Anlaufstellen. Wir möchten  
16 Neubürger\*innen das Ankommen in Lübeck und die Teilhabe am Stadtgeschehen  
17 erleichtern. Hierzu soll bei Anmeldung des Wohnsitzes eine umfangreiche  
18 Willkommens- und Informationsbroschüre überreicht werden mit Hinweisen und Tipps  
19 zu Freizeit, Kultur, Sport, Bildung und Ehrenamt.

20 In vielen Stadtteilen klagen Anwohner\*innen zu Recht über zugeparkte Gehwege.  
21 Wir setzen uns für einen verstärkten Einsatz des Ordnungsdienstes in den  
22 besonders betroffenen Gebieten ein.

23 Wir fordern, den geplanten Anbau des Standesamtes unverzüglich umzusetzen.

## A11NEU 1. Einleitung

Gremium: KMV  
Beschlussdatum: 26.11.2022  
Tagesordnungspunkt: 1.2. Einleitung

### Text

1 Liebe Lübecker\*innen,

2 in Zeiten überlagernder Krisen mit dem Klimawandel, den Folgen der Corona-  
3 Pandemie und den Auswirkungen des Ukraine-Krieges auf Energiepreise und  
4 Konjunktur steht auch die Politik in Lübeck vor ganz besonderen  
5 Herausforderungen. Insbesondere nach Jahren einer Politik des Stillstands durch  
6 die Große Koalition aus SPD und CDU gilt es, viel Versäumtes aufzuholen und  
7 viele verpasste Chancen endlich zu nutzen.

8

9 Der Klimanotstand wurde bereits 2019 ausgerufen, ein echtes Umsteuern hat jedoch  
10 nicht stattgefunden, das Angebot und die Kosten für Kinderbetreuung sind weder  
11 bedarfsgerecht noch zufriedenstellend, beim Ausbau der Fahrradinfrastruktur  
12 herrscht seit Jahren Stillstand und die Qualität städtischer Dienstleistungen  
13 bleibt häufig hinter den Erwartungen zurück. Lübeck ist insgesamt noch weit von  
14 der attraktiven, sozialen, inklusiven und fortschrittlichen Stadt entfernt, die  
15 es sein könnte.

16 Mit unserem Wahlprogramm geben wir Antworten auf diese Herausforderungen –  
17 ehrgeizig, ideenreich und konkret. So wie unser Politikstil lebendig,  
18 lösungsorientiert und nah an den Menschen ist, so ist auch dieses Programm  
19 zusammen mit vielen Menschen aus Lübeck entstanden. Dafür möchten wir uns ganz  
20 herzlich bedanken.

21 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zeigen in Bund und Land, dass sie Verantwortung annehmen  
22 und erfolgreich umsetzen können. Auch wir Lübecker GRÜNE sind bereit, uns diesen  
23 Herausforderungen zu stellen. Wir wollen bei der Bürgerschaftswahl stärkste  
24 Partei werden und Lübeck in der kommenden Wahlperiode aktiv mitgestalten. Viele  
25 unserer GRÜNEN Ideen und Pläne für Lübeck findet ihr in diesem Programm.

26 Wir möchten Lübeck zu einer ökologischeren, sozialeren und lebenswerteren Stadt  
27 weiterentwickeln! Ihr habt die Wahl: Am 14. Mai 2023 Lübecks Zukunft gestalten -  
28 GRÜN wählen!

## A12NEU42 2. Klima & Umwelt

Gremium: KMV

Beschlussdatum: 26.11.2022

Tagesordnungspunkt: 1.3. Kapitel 1 - Klima & Umwelt

### Text

1 Klimaschutz in Lübeck

2 Die Klimakrise ist bereits heute Realität und ihre Auswirkungen sind auch in  
3 Lübeck spürbar. Die Veränderung, die in jedem Bereich unseres Lebens und  
4 Wirtschaftens erfolgen wird und muss, können wir jetzt noch gestalten.  
5 Die Bundesregierung hat sich das Ziel gesetzt, bis 2045 klimaneutral zu werden.  
6 Wir wollen in Lübeck einen deutlich höheren Beitrag leisten. Klimaschutz muss  
7 daher stets Priorität haben.

8 Die Lübecker Bürgerschaft hat bereits beschlossen, Treibhausgasemissionen bis  
9 2030 zu halbieren (Basis 2019) und bis 2040 klimaneutral zu werden. Wir wissen  
10 allerdings, dass das nicht reicht, um die Pariser Klimaziele und das 1,5-Grad-  
11 Ziel zu halten. Deswegen werden wir alle verfügbaren Ressourcen nutzen, um  
12 Lübeck auf den Weg zur schnellstmöglichen Klimaneutralität bis 2035 zu bringen.  
13 Klima- und Sozialpolitik müssen zusammen gedacht und dürfen nicht gegeneinander  
14 ausgespielt werden. Wir wollen diesen Weg zu einer klima- und umweltgerechten  
15 Zukunft zusammen mit allen Lübecker\*innen beschreiten.

16 Trotz der Ausrufung des Klimanotstandes 2019 sind in den letzten Jahren  
17 die politischen Weichen nicht konsequent in Richtung Klimaneutralität gestellt  
18 worden. Jedoch hat die Klimaleitstelle Lübeck unter Einbindung der breiten  
19 Öffentlichkeit einen Masterplan Klimaschutz entworfen.

20 Wir werden die zügige Umsetzung dieses Masterplans und aller weiteren  
21 erforderlichen Maßnahmen durchsetzen und diese, wo nötig, nachschärfen. Des  
22 Weiteren fordern wir, dass die Klimaleitstelle bei Vorlagen der Stadtverwaltung  
23 die Möglichkeit eines Einspruchs erhält, wenn diese nicht mit den  
24 Klimaschutzz Zielen der Stadt vereinbar sind.  
25 Zu diesem Ziel soll die Klimaleitstelle finanziell und personell langfristig  
26 gesichert aufgestockt werden.

27  
28 Wir werden die Aufgabenverteilung in den Ausschüssen verändern. Aufgrund der  
29 Dringlichkeit der Themen fordern wir einen eigenen Ausschuss für Klima und  
30 Umwelt.

31 **Weiterhin dürfen Anschaffungen nicht mehr nur mit Hilfe einer kurzfristigen**  
32 **Kosten-Nutzen-Analyse bewertet werden. Es müssen auch langfristige**  
33 **Betriebskosten eingerechnet werden, sodass die Vorteile langlebiger Produkte bei**  
34 **Entscheidungen berücksichtigt werden können. Das geht zum Beispiel mit einer**  
35 **Lebenszykluskostenbetrachtung. Wir möchten uns für diese Methode einsetzen, um**  
36 **die Wirtschaftlichkeit von Anschaffungen langfristig zu bewerten und das Klima**  
37 **zu schützen. Entsprechend der Empfehlung des Umweltbundesamtes wollen wir wie**  
38 **das Land Schleswig-Holstein bei der Abwägung von Investitionstätigkeiten die**  
39 **Klimakosten berücksichtigen.**

40 Die Beschränkung auf das Notwendige, die bewusste Auswahl von Materialien und  
41 die Optimierung von Aufwand zu Nutzen (Suffizienz, Konsistenz und Effizienz)  
42 sind die Grundlagen eines nachhaltigen Umgangs mit unseren natürlichen  
43 Lebensgrundlagen, an die wir gebunden sind. Technische Maßnahmen ergänzen  
44 Naturschutz, Landschaftsplanung und Flächenmanagement sowie Verhaltensanpassung,  
45 auf denen der Fokus unseres politischen Handels liegt.

46 **Klimaschutz im Bau**

47 Der Betrieb von Gebäuden hat einen hohen Anteil am Gesamtenergieverbrauch in  
48 Lübeck. Den größten Teil hiervon benötigen wir zur Beheizung. Dies führt zu  
49 einem hohen CO<sub>2</sub> Ausstoß. Ursache sind vor allem Gebäudehüllen ohne oder mit  
50 geringfügiger Dämmung, Fenster schlechter Qualität und eine Wärmeerzeugung, die  
51 überwiegend auf der Verbrennung fossiler Energieträger fußt.

52 Daraus folgen für uns konkrete Zielsetzungen.

53 **Jeder Neubau muss im Bau und im Betrieb klimaneutral sein. Hierfür braucht es**  
54 **gute Dämmung für Energieeffizienz, die Nutzung alternativer Baustoffe und die**  
55 **Nutzung erneuerbarer Energie für die Wärme. Wir werden uns dafür einsetzen, in**  
56 **diesen Bereichen hohe Standards festzulegen.**

57 Bei bestehenden Gebäuden muss der Energiebedarf durch Dämmung der Gebäudehüllen  
58 und moderne Fenster so weit wie möglich gesenkt werden, mindestens auf ein  
59 Niveau, dass eine effiziente Wärmeversorgung auf Basis von erneuerbaren Energien  
60 ermöglicht. Die Wärmeversorgung muss klimaneutral werden. Dies gilt sowohl für  
61 einzeln versorgte Gebäude als auch für die Nah- und Fernwärmeversorgung in den  
62 Quartieren und Stadtvierteln.

63 Wir wollen nachwachsende, recycelte oder recyclingfähige Baustoffe bevorzugt  
64 verwenden..

65 **Klimaneutrale Quartiere**

66 Neben der energetischen Sanierung des Gebäudebestandes steht in den Quartieren  
67 die Schaffung einer energieeffizienten Infrastruktur und die effiziente  
68 Wärmeversorgung auf Basis erneuerbarer Energien als Aufgabe im Vordergrund.  
69 Hierzu fordern wir die Erstellung eines Quartiers-Katasters im Rahmen der  
70 Erstellung des Kommunalen Wärmeplanes durch die Klimaleitstelle. Auf Marli und  
71 in St. Lorenz Nord wurde bereits mit solchen Konzepten begonnen. Wir werden uns  
72 für weitere Quartierskonzepte einsetzen und fordern die Begleitung durch  
73 Sanierungsmanager und die Schaffung und Besetzung der erforderlichen Stellen.  
74 Auch hierfür wollen wir auf die Fördermittel des Landes zurückgreifen. Um die  
75 notwendigen Schritte zu beschleunigen, halten wir die Erstellung einer Leitlinie  
76 für Quartier-Sofort-Maßnahmen für geeignet.  
77 Um die Möglichkeiten, Konzepte und Lösungen sichtbar zu machen unterstützen wir  
78 das Konzept von Sanierungsmessen in Quartieren, zur frühzeitigen Einbindung der  
79 Bürger\*innen unterstützen wir die Einführung eines Runden Tischs  
80 Quartierssanierung. Ebenfalls dem Gedanken der Vermittlung und Sichtbarmachung  
81 folgend sind "gläserne Baustellen" zu schaffen.

82 Lübeck mit erneuerbaren Energien versorgen

83 Die Deckung unseres Energiebedarfs durch erneuerbare Energien ist eine  
84 Kernanforderung einer klimaneutralen Zukunft

85 Die Deckung unseres Energiebedarfs durch erneuerbare Energien ist eine  
86 grundsätzliche Erfordernis für eine klimaneutrale Zukunft.  
87 Die Energiepreisentwicklung im Rahmen des Ukrainekriegs hat uns allen erneut vor  
88 Augen geführt, dass der Umstieg auf erneuerbare Energien nicht nur  
89 klimapolitisch unumgänglich ist sondern auch wirtschaftlich erforderlich.  
90 Insbesondere, aber nicht nur einkommensschwache Bürger\*innen sind mit den  
91 finanziellen Auswirkungen häufig existenzbedrohend überfordert.

92 Auch in Lübeck wollen wir unseren Beitrag leisten bei der dezentralen Erzeugung  
93 regenerativen Stroms. Aus geographischen Gründen existiert kaum Potential für  
94 Windenergie vor Ort, daher geht es dabei in Lübeck vor allem um die  
95 Bereitstellung von Gebäuden und Flächen für Photovoltaik. Eine der größten  
96 Herausforderungen ist die Wärmewende, bei der fossil erzeugte Wärme vor allem  
97 durch Wärmepumpen ersetzt werden muss. Dies gilt sowohl für den Austausch von  
98 Heizungen in privaten Haushalten und Unternehmen als auch für Nah- und Fernwärme

## 99 **Klimaneutraler Strom für Lübeck**

100 Mit den Dachflächen, insbesondere von kommunalen Gebäuden und Gewerbeobjekten  
101 sowie den sonst nur durch den ruhenden Verkehr genutzten Flächen auf Parkplätzen  
102 stehen enorme Potenziale für die Stromerzeugung durch Photovoltaik bereit. Diese  
103 müssen in größtmöglichem Umfang schnellstmöglich genutzt werden.

104 Gerade im Bereich von Neubauten ist die Integration von Photovoltaik oder  
105 Solarthermie unproblematisch darstellbar. Wir fordern deshalb für alle Neubauten  
106 in Lübeck eine Solarenergienutzungspflicht.

107 Wir unterstützen das Vorhaben, eine PV-Strategie für kommunale Dächer  
108 aufzustellen. Durch einen Grundsatzbeschluss der Bürgerschaft wollen wir die  
109 maximale Belegung geeigneter kommunaler Dächer mit PV-Anlagen festschreiben.  
110 Die städtischen Investitionen für die Ausstattung kommunaler Dächer und Flächen  
111 mit PV-Anlagen wollen wir deutlich erhöhen. Um dem zunehmenden Umfang der  
112 erforderlichen Planung und Umsetzung bei der Ausrüstung der verfügbaren Flächen  
113 mit PV-Anlagen gerecht zu werden, unterstützen wir die Schaffung notwendiger  
114 Stellen in der Bauverwaltung.

115  
116 Zusätzlich unterstützen wir auch andere innovative Technologien, um die  
117 dezentrale Energiewende voranzubringen.

## 118 **Klimaneutrale Wärme für Lübeck**

119 Um die Lübecker Klimaziele zu erreichen, müssen bis 2040 die fossilen Heizungen  
120 in den Lübecker Wohnungen, Häusern und Unternehmen von den Eigentümern durch  
121 regenerative Alternativen ersetzt werden, eine signifikante finanzielle  
122 Herausforderung. Es existieren hierfür bereits umfangreiche Förderungen von Bund  
123 und Land. Wir wollen diese Unterstützung aufstocken, insbesondere auch um  
124 soziale Härten zu vermeiden.

125 Um unser Klimziel einzuhalten, müssen die fossilen Heizungen in den Lübecker  
126 Wohnungen, Häusern und Unternehmen von den Eigentümer\*innen schnellstmöglich  
127 durch regenerative Alternativen ersetzt werden, eine signifikante finanzielle  
128 Herausforderung. Es existieren hierfür bereits umfangreiche Förderungen von Bund  
129 und Land. Wir wollen diese Unterstützung aufstocken, insbesondere auch um  
130 soziale Härten zu vermeiden. Die Umstellung der bisher noch fast ausschliesslich  
131 fossilen Wärmeerzeugung der Stadtwerke Lübeck für Nah- und Fernwärme auf  
132 regenerative Wärmequellen ist eine enorme finanzielle und technische  
133 Herausforderung. Wir begrüßen daher die ersten Pilotprojekte der Stadtwerke für  
134 regenerativer Wärmeerzeugung, es bedarf aber einer deutlichen Steigerung des  
135 bisher geplanten Investitionsvolumens in den kommenden Jahren, um die bestehenden  
136 Klimaziele zu erreichen. Insbesondere dürfen von den Stadtwerken keine neuen  
137 fossilen Heizkraftwerke (und KWK) mehr errichtet werden. Stattdessen sind in  
138 Erdboden, Gewässern und Abwässern große, regenerative Energiemengen verfügbar,  
139 die durch den Einsatz von (Groß-)Wärmepumpen nutzbar gemacht werden sollten. Wir  
140 sind bereit, diese Transformation auch mit Haushaltsmitteln zu unterstützen,  
141 wenn notwendig. Die Ausweitung der zunehmend regenerativen Fern- und Nahwärme ist  
142 ein wichtiger Hebel der Wärmewende, sowohl durch zusätzliche Netze als auch  
143 durch zusätzliche Anschlüsse in den bestehenden Netzen. Entscheidend sind dabei  
144 attraktive und wettbewerbsfähige Konditionen, die wir über die Stadtwerke

145 sicherstellen werden. Insgesamt müssen die Geschäftsziele der Stadtwerke als  
146 kommunaler Betrieb darauf ausgerichtet werden, schnellstmöglich, spätestens bis  
147 2035, keine fossilen Energieträger mehr zu nutzen und zu handeln.

148 In den bestehenden Fernwärmenetzen sollten die Vorlauftemperaturen überprüft und  
149 auf das minimal benötigte Niveau abgesenkt werden. Dies reduziert  
150 Übertragungsverluste und verbessert die Nutzung erneuerbarer Energien erheblich.  
151 Die Ausweitung von Fernwärmenetzen streben wir prinzipiell an, solange es  
152 sinnvoller ist als eine dezentrale hauseigene Wärmeversorgung.

153 Die Kapazitäten der Stromnetze müssen bedarfsgerecht erhöht werden, um  
154 insbesondere die Versorgung von Wärmepumpen und E-Mobilität  
155 sicherzustellen.. Dies schließt explizit die Entwicklung der notwendigen  
156 Speicherkapazitäten ein.

157 Den Aufbau dieser Infrastruktur für eine sichere, klimaneutrale  
158 Energieversorgung werden wir schnellstmöglich mit Nachdruck voranbringen.

## 159 **Energie einsparen**

160 Das Einsparen von Strom und Gas ist nicht nur wichtig, um Treibhausgasemissionen  
161 zu vermeiden, sondern ist auch ein wichtiger Beitrag, um die Folgen der  
162 gestiegenen Energiepreise abzumindern.

163  
164 Wir fordern eine städtische Öffentlichkeitskampagne und fortlaufende Aktionen,  
165 um Bürger\*innen die Einsparpotenziale durch Verhaltensänderungen aufzuzeigen.  
166 Auch in Lübecker Unternehmen sind viele Einsparpotentiale vorhanden, auch durch  
167 rentable Investitionen, die bisher nicht realisiert werden, weil die Aufgaben  
168 des Kerngeschäfts zu wenig Kapazitäten für deren Analyse und Umsetzung lassen.  
169 Hierfür werden wir qualifizierte Beratungsangebote auf- und ausbauen, die dort  
170 unterstützen. Ein Beispiel ist das Projekt ÖKOPROFIT® (Ökologisches Projekt für  
171 integrierte Umwelt Technik), ein individuelles Beratungs- und  
172 Zertifizierungsprojekt speziell für kleinere und mittelständische Betriebe zu  
173 Energieeinsparung, Kostensenkung und  
174 Umweltmanagement. ÖKOPROFIT® soll in Lübeck noch bekannter gemacht und gestärkt  
175 werden.

176  
177 Auch in der Verwaltung der Hansestadt bestehen umfangreiche  
178 Energieeinsparpotentiale. Zum Teil werden diese bisher wegen begrenzter  
179 Personalressourcen nicht umgesetzt. Dazu zählen z.B. die Umrüstung der  
180 Beleuchtung in städtischen Gebäuden auf LED-Leuchten, wo dies noch nicht  
181 geschehen ist, die Umrüstung der Flutlichtanlagen auf Sportplätzen und der  
182 Gaslaternen in der Altstadt. Hier werden wir durch personelle Aufstockung dafür  
183 sorgen, dass in Lübeck Emissionen und Geld gespart werden. Zusätzlich wollen wir  
184 in Lübeck ein sogenanntes und gefördertes "Kommunales Energiemanagement"  
185 einführen, bei in einem strukturierten Prozess Einsparpotentiale analysiert und  
186

umgesetzt werden.

## 187 **Kompetenzen für Klimaneutralität in Lübeck**

188 In Lübeck ist mit Einrichtungen wie dem Wasserstoff-Kompetenzzentrum an der TH  
189 Lübeck, der Klimaleitstelle, verschiedenen Organisationen wie der BürgerEnergie  
190 und kompetenten Planer\*innen bereits eine große, lokale Expertise vorhanden.  
191 Diese Expertise wollen wir in die Prozesse zur Umstellung auf erneuerbare  
192 Energien einbinden und weiter ausbauen.  
193 Hierfür wollen wir auch die Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Akteur\*innen  
194 auf verschiedenen Ebenen (z.B. Politik und Verwaltung in Stadt und Land,  
195 Forschung und Wirtschaft) stärken.

196 Wir wollen auch weiteren Quellen großer Energieverbräuche und CO<sub>2</sub>-Ausstöße  
197 identifizieren und ausräumen. Dafür fordern wir einen KLima-Check für Stadt und  
198 Unternehmen, der Geschäftsprozesse, Beschaffungsketten und Gebäude einschließt.  
199 Auch das „Klimaforum“ als Vernetzungsort zwischen Wissenschaft, Wirtschaft,  
200 Bürger\*innen und Politik wollen wir weiterführen und ausbauen.

201 Wir fordern den Bau des schon mehrfach geplanten Klimahauses an der TH Lübeck  
202 mit dem Ziel der Vermittlung und Beratung zu Klimaschutz insbesondere im  
203 Energiebereich für Bürger\*innen, Schulen, Unternehmen, Vereine und Verbände.

## 204 **Lübecks Umwelt schützen**

### 205 **Lübeck fit für die Zukunft machen! -** 206 **Klimaanpassung**

207 Trotz aller Anstrengungen für den Klimaschutz werden die Folgen der Klimakrise  
208 auch vor Lübeck nicht haltmachen. Daher sind neben Klimaschutzbestrebungen auch  
209 Maßnahmen der Klimafolgenanpassung notwendig. Das 2020 von der Lübecker  
210 Bürgerschaft beschlossene Klimaanpassungskonzept soll konsequent und  
211 beschleunigt umgesetzt und Klimaanpassung in Zukunft bei allen Planungen  
212 mitgedacht werden.

213 Zu erwarten sind in Zukunft vermehrt: Starkregenereignisse, Trave- und  
214 Ostseehochwasser, Trockenheit und Dürreperioden, Hitzewellen, Winterlicher  
215 Dauerregen und mittelfristig ein Anstieg des Meeresspiegels.

216 Wir fordern deshalb, dass Lübeck sich die nachhaltige Regenwasserbewirtschaftung  
217 zum Ziel setzt und Planungen am „Prinzip Schwammstadt“ orientiert. Hierbei wird  
218 anfallendes Regenwasser lokal und dezentral gespeichert und nicht zentral

219 abgeleitet, was bei Starkregen die Kanalisation überfordert und das Risiko für  
220 Überschwemmungen erhöht. In einer "Schwammstadt" dagegen verdunstet und  
221 versickert das Regenwasser in längeren Zeiträumen und über die ganze Stadt  
222 verteilt. Maßnahmen zur Versickerung und Verdunstung sind zum Beispiel  
223 Regenwasserrückhalt und Entsiegelung.

224 Durch die dezentrale Speicherung von Regenwasser entsteht auch ein Wasservorrat  
225 für Dürre- und Hitzezeiten.

226 Unversiegelte Flächen spielen nicht nur im Kontext der Wasserbewirtschaftung  
227 eine wichtige Rolle. Wir setzen uns daher für den Schutz dieser ein.

228 Parkplätze sollen wenn möglich entsiegelt und bei Neuanlage wasserdurchlässig  
229 geplant werden.

230 Zur Verbesserung des Wasserhaushalts und aus Gründen der Beschattung sollen an  
231 allen geeigneten Stellen im Stadtgebiet großkronige Bäume gepflanzt werden. Auch  
232 die Lübecker Altstadt wollen wir weiter begrünen, beispielsweise die Plätze  
233 Koberg, Klingenberg, Drehbrückenplatz und Schrangens. Klimarobuste Arten werden  
234 dabei zunehmend an Bedeutung gewinnen. Bei Bauvorhaben wollen wir Stadt-  
235 ,Strassen- und Alleeäume besser als bisher schützen.  
236 Die Gestaltung und das Management von Grünflächen sollen nach einheitlichen  
237 ökologischen Standards erfolgen. Hierbei sollen die unterschiedlichen  
238 Fachbereiche der Stadt in enger Abstimmung stehen. Das Grünflächenmanagement  
239 muss personell und finanziell besser ausgestattet werden.

240 Für das einmalige Gartendenkmal der Wallanlagen fordern wir die sofortige  
241 Sanierung und Wiederherstellung. Dieser grüne Ring um die Innenstadt ist eine  
242 kostenlose Klimaanlage für die Innenstadt im Sommer, sowie Sport- und  
243 Erholungsfläche in zentraler Lage.

244 Die Landesbauordnung sieht aus gutem Grund die Begrünung der nicht überbauten  
245 Grundstücksflächen vor. Sogenannte „Schottergärten“ sind somit grundsätzlich  
246 nicht zulässig. Wir setzen uns dafür ein, dass diese Maßgaben konsequenter und  
247 mit zusätzlichem Personal umgesetzt und kontrolliert werden. Außerdem fordern  
248 wir eine vermehrte Aufklärung über eine naturnahe Gartengestaltung.

249 Intakte Frisch- und Kaltluftscheinen dürfen nicht bebaut werden, um die dichter  
250 besiedelten Stadtteile vor sommerlicher Überhitzung zu schützen. Diese  
251 Freihaltung hat Priorität bei möglichen Zielkonflikten mit anderen  
252 städtebaulichen Planungen. Wir setzen uns für die unverzügliche Umsetzung der  
253 Ziele des Klimalandschaftsplans im Rahmen des Flächennutzungsplanes ein.

255 **Lübeck soll grüner werden! - Naturschutz und**  
256 **Biodiversität**

257 Lübeck besitzt durch weiträumige Grünflächen, Feuchtgebiete, Moore und große  
258 Wasserflächen sowie den Lübecker Stadtwald einzigartige Voraussetzungen für  
259 stadtnahen Naturschutz. Diese grüne Infrastruktur, inklusive der reichhaltigen  
260 Flora und Fauna, zu schützen und aufzuwerten ist uns ein Anliegen. Neben der  
261 Klimakrise ist das Aussterben der Biodiversität die große Herausforderung dieses  
262 Jahrhunderts.

263 Neben der Klimakrise ist das Aussterben der Biodiversität die große  
264 Herausforderung dieses Jahrhunderts.

265 Die Klimakrise und der Verlust der biologischen Vielfalt beeinflussen sich  
266 gegenseitig und haben zu einem großen Teil die gleichen Lösungen. Klimaschutz,  
267 Klimaanpassung und Naturschutz können und müssen daher zusammen gedacht werden.

268 Mit der Umsetzung einiger Maßnahmen des Masterplans Klimaschutz wurde bereits  
269 begonnen, allerdings sind die personellen Kapazitäten für die zeitnahe  
270 Bearbeitung nicht ausreichend. Wir fordern daher die personelle Aufstockung im  
271 Bereich Umwelt/Naturschutz/Verbraucherschutz um mindestens zwei Stellen.

272 Aus landwirtschaftlich genutzten ehemaligen Moorböden entweicht viel CO<sub>2</sub> in die  
273 Atmosphäre. Mit angepasster Nutzung können diese organischen Böden mit  
274 extensiver Bewirtschaftung langfristig viel Kohlenstoff binden.

275 Hierzu sollen die bestehenden Pachtverträge überprüft und angepasst und die  
276 Wasserstände auf Flächen, wo Feuchtgrünland möglich ist, angehoben werden. Zur  
277 Finanzierung sollen auch bestehende Fördermaßnahmen des Landes ausgeschöpft  
278 werden.

279 Entwässerte Kernmoore sollen wiedervernässt werden. Die Wiedervernässung  
280 entwässerter Moore setzt das Torfwachstum in Gang und bewirkt eine Umwandlung  
281 der Moorböden von CO<sub>2</sub>-Quellen zu CO<sub>2</sub>-Senken. Bei der Speicherung von CO<sub>2</sub> spielen  
282 Moore mit einem intakten Wasserhaushalt eine besondere Rolle, da Moorböden CO<sub>2</sub>  
283 langfristig binden.

284 Zu diesem Zweck sollen mit Hilfe von Tauschflächen für Landwirt\*innen Flächen  
285 erworben werden, um z.B. beim Krummessener Moor mit der Wiedervernässung zu  
286 beginnen.

287 Die stadteigenen Güter Lübecks sollen bei Neuverpachtung an Betriebe vergeben  
288 werden, die nach den Kriterien des ökologischen Landbaus wirtschaften. Dies ist

289 bei drei von vier Stadtgütern bereits erfolgt und soll weiter fortgeführt  
290 werden.

291 Für optimiertes Humusmanagement sollen konventionell wirtschaftende  
292 Landwirt\*innen motiviert werden. Außerdem soll es dafür Auflagen in den  
293 städtischen Pachtverträgen geben.

294 Landwirt:innen sind unverzichtbare Partner:innen bei der Umsetzung von Klima-  
295 und Naturschutzmaßnahmen. Um eine sinnvolle, kostendeckende sowie ertrag- und  
296 gewinnbringende Landnutzung mit den Zielen des Natur- und Klimaschutzes in  
297 Einklang zu bringen, müssen sich alle Akteur:innen (Landwirt:innen, Jäger:innen,  
298 private Grundstücks- und Waldeigentümer:innen, Umweltverbände und die  
299 Verwaltung) vernetzen. Das Ziel ist, auch auf privaten Flächen ökologisch  
300 angepasster zu wirtschaften. Um die Kohlenstoffbindung in landwirtschaftlich  
301 genutzten Oberböden zu erhöhen, soll die Stadt Lübeck auf Ackerflächen des  
302 Stadtgebietes die Wirtschaftsweise des ökologischen Landbaus anstreben. Zu diesem  
303 Zweck wollen wir einen Runden Tisch Landwirtschaft ins Leben rufen.

304 Wir Grünen in Lübeck setzen uns für den weiteren konsequenten Schutz von Knicks  
305 im Stadtgebiet ein. Wo immer möglich und sinnvoll, sollte die Neuanlage von  
306 Knicks geprüft und durchgeführt werden. Falls ein intakter Knick beseitigt  
307 werden muss, muss eine ausreichend große Ersatzpflanzung an geeigneter Stelle  
308 durchgeführt werden.

309 Der Lübecker Stadtwald ist mit seiner naturnahen Waldbewirtschaftung, des  
310 sogenannten „Lübecker Waldkonzepts“ weit über die Stadtgrenzen hinaus bekannt  
311 und ein Vorbild für viele andere Wälder. Wir Lübecker Grünen befürworten diesen  
312 Ansatz und unterstützen eine Weiterentwicklung des Konzepts. Wir wollen  
313 Ackerflächen, die sich an die bestehenden Waldflächen anschließen, in Wald  
314 umwandeln, um einen „grünen Ring“ um Lübeck zu ziehen, der möglichst an andere  
315 Wälder oder naturnahe Flächen anknüpfen soll, um die Biodiversität zu erhöhen.

316 Das gezielte Anpflanzen von Blühpflanzen oder Wildblumen auf nicht intensiv  
317 genutzten öffentlichen Flächen wirkt sich positiv auf die Biodiversität in der  
318 Stadt aus. Derartige Maßnahmen haben neben einer Sensibilisierung der  
319 Bevölkerung auch eine Erhöhung der Attraktivität des städtischen Umfeldes zur  
320 Folge. Wir fordern daher biodiversitätsfördernde Gestaltung und Begrünung  
321 hierfür geeigneter städtischer Flächen, Grünflächen, Parks, Verkehrsinseln,  
322 Randstreifen jeglicher Art und Versickerungsstreifen an Straßen.

323 Bei Bepflanzungen mit Bäumen und Sträuchern sowie bei extensiven Blühstreifen  
324 soll auf regional angepasstes Pflanzgut geachtet werden. Sofern aus Gründen der  
325 Hitzeresistenz an bestimmten Stellen klimarobusten Arten der Vorzug gegeben  
326 werden muss, ist jeweils eine sorgfältige Abwägung erforderlich.

327 Alle Strassenränder sollen zum Schutz der Insekten weniger oft gemäht werden.  
328 Pflanzenschutzmittel sowie mineralische Dünger sollen auf öffentlichen  
329 Grünflächen weder von der Stadt Lübeck noch von Fremdanbietern angewendet  
330 werden.

331 Zum Schutz von Insekten und anderen nachtaktiven Tieren wollen wir uns dafür  
332 einsetzen, dass das Beleuchtungskonzept der Stadt geprüft und gegebenenfalls  
333 erneuert wird, um geeignete Maßnahmen gegen unnötige Lichtverschmutzung zu  
334 ergreifen.

335 Der Austausch und die Zusammenarbeit mit den Nachbarkreisen zum Thema  
336 Biodiversität und Biotopvernetzung über die Stadtgrenzen hinaus soll  
337 intensiviert und ausgebaut werden.

338 Kleingärten sind Orte der Erholung, Selbstversorgung und Gemeinschaft und können  
339 bei ausreichender und naturnaher Vielfalt der Bepflanzung einen wichtigen  
340 Beitrag zur städtischen Artenvielfalt leisten. Um den Bestand an Kleingärten zu  
341 sichern und zu erhalten, wollen wir Bewirtschaftung und Strukturen zukunftsfähig  
342 gestalten. Ein runder Tisch Kleingärten soll mit Nutzer\*innen  
343 (Kleingärtner\*innen, Grünen Kreis, Bielefeld-Gärten und weiteren Interessierten)  
344 alternative und klimasichere Formen der Nutzung entwickeln und die Umweltbildung  
345 stärken.

346 Urban Gardening und das Konzept der „Essbaren Stadt“ wollen wir unter Mitwirkung  
347 der Bürger\*innen stärken, ausbauen, vernetzen und in alle Stadtteile bringen.

348 Das private Lübecker Tierheim erfüllt eine wichtige kommunale Aufgabe. Die  
349 finanziellen Mittel dafür wollen wir ausreichend aufstocken.  
350 Das Veterinäramt Lübeck ist personell und organisatorisch mit einer zusätzlichen  
351 Planstelle besser auszustatten.  
352 Weiterhin sollte die Verwaltung verstärkt auf die Möglichkeit der  
353 Katzenkastration hinweisen.

354 Ostsee schützen

355 Meeressschutz ist Klimaschutz - denn Meere sind Teil des globalen Klimasystems  
356 und speichern sehr große Mengen CO<sub>2</sub>. Unsere Ostsee ist Erholungsraum, Tourismus-  
357 -, Wirtschafts- und Standortfaktor sowie ein verbindendes Element der  
358 hanseatischen Geschichte. Doch ihre Biotope und Artengemeinschaften sind in  
359 vielfältiger Hinsicht gefährdet: Sie beginnen zu versauern und werden immer  
360 wärmer, eingebrachte Nährstoffe führen zur „Überdüngung“ und Entstehung von  
361 Sauerstoffmangelgebieten, sog. „Todeszonen“. Der Eintrag von Müll und  
362 Mikroplastik sowie die Munitionsaltlasten belasten das Meer vor „unserer  
363 Haustür“ zusätzlich.

364

365

366 Wir wollen Lübeck nach dem Vorbild Kiels zur "Meeresschutzstadt" entwickeln und  
367 unterstützen die Einrichtung eines Nationalparks Ostsee.

368 Wir wollen lokale Stakeholder aus Wissenschaft, Umweltschutz, Politik,  
369 Wirtschaft und Zivilgesellschaft zusammenbringen und in Projekten wie  
370 "Meeresschutzstädte" oder "ocean-summit" vernetzen.

371 Wir wollen unsere Ostsee besser schützen, ihre Nutzung nachhaltiger gestalten  
und ihre Biodiversität und unser aller Lebensgrundlage langfristig erhalten.

372

373

## Gewässer

374 Seit geraumer Zeit steigt der Nährstoffgehalt im Gewässersystem Schaalsee-  
375 Küchensee- Ratzeburger See- Wakenitz- Krähenteich- Mühlenteich. Dies führt zu  
376 einem extremen Algenwachstum, insbesondere in Wakenitz, Krähenteich und  
377 Mühlenteich, was zu großen Einschränkungen, beispielsweise für Segelvereine,  
378 führt.

379 Wir setzen uns dafür ein, dass ein neues Fördervorhaben initiiert wird, das  
380 umfassend alle Nährstoffeinträge in das Gewässersystem Ratzeburger See-  
381 Wakenitz- Krähenteich und Mühlenteich reduziert. In diesem Fördervorhaben müssen  
382 die Länder Schleswig-Holstein, Mecklenburg Vorpommern und die Kreise  
383 Nordwestmecklenburg, Lauenburg und Lübeck zusammen alle Einleiter, auch  
384 Regenwassereinleiter, ermitteln und Maßnahmen vereinbaren, die die  
385 Nährstofffrachten reduzieren.

386

387 Kleingewässer und Teiche trocknen in den letzten Jahren immer häufiger aus und  
388 füllen sich auch in Regenperioden nicht wieder mit Wasser, weil der  
389 Grundwasserspiegel zu tief gefallen ist; das hat katastrophale Folgen für  
390 Wasserpflanzen, Fische, Amphibien, Libellen und Vögel. Wir werden uns für ein  
391 Monitoring- und Hilfsprogramm einsetzen, um diese wichtigen Biotope in der  
392 Landschaft zu erhalten.